

# **X01**

**Eine politische Vision**

**Von Fromme Foryaall**

Der Titel dieses Buches ist willkürlich gewählt, mein Dank kommt dagegen von einem tiefen Fundament meines Herzens.

Ich möchte auf diesem Weg meinen unzähligen Wegbegleitern durch dieses wundersame, geheimnisvolle und oft rätselhafte Leben danken. Auch Jenen die mir dabei, bewusst oder unbewusst, Schaden und Leid zugefügt haben. Denn auch durch Euch habe ich sehr viel gelernt.

Dies ist eine im Winter 2018/19 überarbeitete Version des Originals, welches ich 2008 verfasste.

Seither sind zwar einige Gedanken dazu gekommen, andere haben ein „Feintuning“ erfahren, trotzdem habe ich mich entschlossen, diese Version im Wesentlichen so stehen zu lassen, wie ich sie damals geschrieben habe.

Hauptsächlich um zu zeigen, dass die Zeit schon damals „reif“ gewesen wäre, woraus der Geneigte folgern mag, dass sie jetzt „überreif“ ist.

Umfangreiche Angaben über die Person des Autors unterbleiben, weil diese Arbeit Diskussionen über den Inhalt, über die Situation, über die Zukunft etc., nicht aber über die Person des Autors, anstoßen möchte.

Darüber hinaus werden meine Arbeiten nur über das Internet, als kostenlose Downloads veröffentlicht, weshalb auch keine weiteren Angaben für Margen-Abrechnungen erforderlich sind.

Für eine Verbreitung sind keine Genehmigungen erforderlich. Das Original findet sich ausschließlich auf der Webseite [www.PBOe-Forum.com](http://www.PBOe-Forum.com)

Der Autor, Dezember 2018

**Wer mit 20 kein  
Kommunist ist, hat kein  
Herz.**

**Wer mit 40 noch immer  
Kommunist ist, hat keinen  
Verstand.**

Mit diesem treffenden, wenngleich leider nicht von mir stammenden, Satz möchte ich meine Ausführungen einleiten.

Selbst wenn ich mit dem Nachfolgenden im Grunde beabsichtige uns Allen bestens bekannte Begrifflichkeiten zu demontieren.

Dann gehen wir doch am besten gleich in medias res:

**„Neue Welt-Ordnung“?  
Ja, Bitte!**

(Aber nicht so wie sich das Bush,  
Merkel, Trump und Co. Vorstellen!)

Geschunden und getreten, missbraucht und geknechtet hat der Mensch, seit Anbeginn der Zeiten unter dem Joch verschiedenster Machthaber gelitten.

Aus humanistischem Blickwinkel betrachtet haben immer schon Jene, welchen eigentlich das Wohl der Allgemeinheit hätten schützen sollen, nur nach eigenem Vorteil und Profit gestrebt.

Die Erfindung der Demokratie war daher der revolutionärste Akt, den sich eine Gemeinschaft nur vorstellen kann. Ihr Siegeszug um zumindest die westliche Hälfte der Erdkugel ein mühsamer und beschwerlicher, stand sie doch dem, bis dahin alleingültigen, Interesse der Mächtigen diametral entgegen.

Es kann gar keinen Zweifel geben, dass die Demokratie, in Anbetracht - bislang vorstellbarer - Alternativen, die beste aller bekannten Regierungsformen ist.

Mehr als 2.000 Jahre nach ihrer Erfindung und nach ca. 100 Jahren mehr oder weniger praktizierter Demokratie im Europa der Neuzeit, und ohne den Erfahrungsvorsprung mit dieser Regierungsform zu ignorieren, welche auf dem nordamerikanischen Kontinent gesammelt werden konnte, ist es wohl zulässig eine erste Bilanz zu ziehen.

Ganz gleich auf welchen Teilbereich der heute gelebten Demokratie man sein Augenmerk

richtet, so kann ein rapider Verfall des fundamentalen Grundsatzes:

**„Alle Macht geht vom Volke aus“**

einfach nicht mehr ignoriert werden. Weshalb es mehr als nur angebracht erscheint die folgende, grundsätzliche Überlegung anzustellen:

**Die Demokratie ist nur ein  
ausgezeichnetes Basis-Konzept.**

**Es ist höchste Zeit sich über ein  
Nachfolgemodell Gedanken zu  
machen.**

Zwei Grundsätze welche ich einmal als  
anerkannt voraussetzen möchte:

- 1.) Es liegt in der Natur des Menschen, dass er sich kaum über etwas intensivere Gedanken macht, als darüber, wie er sich etwas, das man ihm weggenommen hat, sofort wieder zurückholen kann.
- 2.) Von dem Streben nach Wiederbeschaffung, oder nach „mehr“, kann man den Menschen nur dadurch abhalten, indem man ihm eine verlockend erscheinende Alternative vor die Nase hält.

**Ad 1.:** Auch wenn „die Mächtigen“ nicht mehr Fürsten, Adelige und Kirchenmänner sind, sondern Politiker und Banker, so ist das nur eine Rochade in der Begrifflichkeit, nicht aber eine Veränderung der grundsätzlichen Begehrlichkeiten. Die Posten wurden neu besetzt, teilweise neu geschaffen, die charakterliche Besetzung derselben hat sich allerdings nicht geändert.

Die Einen wie die Anderen streben ausschließlich nach Macht und Erfüllung der eigenen Wünsche, Ansprüche und Vorteile. Der Unterschied liegt lediglich in dem Weg, nicht im Ziel.

Im Grunde hat die Demokratie nur zweierlei erreicht:

Erstens: Die Möglichkeit Macht zu erlangen ist nicht nur auf ein vererbtes Privileg reduziert, sondern steht, zumindest theoretisch, Jedem offen.

Zweitens: Der Weg zur Macht ist mit, der lästigen, Erfordernis verbunden diese fast ausschließlich durch List und Lüge zu erlangen und kann nicht mehr einfach mittels brutaler Unterdrückung durch ein Feudalsystem erlangt und/oder gehalten werden.

**Ad 2.:** Auch die Masse besteht schließlich aus Einzelnen. Es ist also nicht besonders verwunderlich, wenn sich auch der Einzelne, welcher Bestandteil einer Masse ist, in aller erster Linie dem Verfolgen von Eigeninteressen widmet. Zur „Masse“ wird eine Vielzahl von Einzelnen erst, wenn das Ersehnte, gleich einer Art „kleinster gemeinsamer Nenner“, identifiziert

und formuliert werden kann. Die Masse ist sohin nur eine eher fragile „Zweckgemeinschaft“, welche nur so lange Bestand hat, bis der verbindende Wunsch zumindest als „in Aussicht stehend“ erscheint.

Der Zusammenhalt entsteht nur aus der Erkenntnis, das was man selber will nicht allein erreichen zu können, und er endet folglich sobald das Ziel in Sicht oder sogar erreicht erscheint. Spätestens dann heißt es wieder:

„Jeder auf eigene Faust!“

Die Menge, als ultimative (und in Wahrheit einzige) Bedrohung des Mächtigen muss daher möglichst rasch zerstreut werden sobald das „kollektive Stirnrunzeln“ erkennbar wird.

Das (von Anderen) Begehrte aufzugeben, bedeutet Verlust, und Verlust ist etwas womit sich weder der Mächtige noch der „Einzelne in der Masse“ anfreunden kann.

Bei der Lösung des Problems wie man diese Gefahr vermeiden oder bannen kann hilft die Erkenntnis, dass der Mensch per se immer noch nichts anderes ist als ein Tier.

Ein Tier das nur durch die Vorteile der Zweckgemeinschaft zu einem Rudelverhalten fähig ist.

Ein Rudel hungriger Wölfe schließt sich bei der Jagd nur deshalb zu einem Rudel zusammen, weil es nur als Gemeinschaft in der Lage ist, das Nahrung spendende Wild zu erlegen.

Will man so ein, geschlossen auftretendes, hungriges, Wolfsrudel davon abhalten einen anzufallen, muss man ihm nur gerade so viel zum Fressen hinwerfen, dass sie sich darum balgen müssen, und sich gegen einander wenden (müssen).

Sofort wird die Gemeinschaft auf eine Ansamm-

lung wilder Bestien reduziert, von der jede Einzelne versucht möglichst viel für sich selbst zu erhaschen.

Der Mensch verhält sich grundsätzlich nicht anders. Also war es für Einzelne (Mächtige) immer schon leicht sich diese Ansammlung von Bestien vom Leib zu halten.

Hätten es nicht einzelne Mächtige verstanden ignorant genug zu agieren, um die Masse in einen nicht mehr differenzierenden Bluttausch zu versetzen, hätte noch nicht einmal die Demokratie je eine Aussicht darauf gehabt ziemlich global eingesetzt zu werden.

Aber wenn man natürlich einem hungernden Volk ausrichten lässt: „*Wenn ihr kein Brot habt, dann esst halt Kuchen.*“ (oder der Unterstellung dies gesagt zu haben nicht mit aller Deutlichkeit entgegnet), dann ist ein Punkt erreicht, an welchem nur mehr reichlich und lange fließendes „Feindesblut“ die ausrastende Masse zur Raison bringen kann.

**Vielleicht haben die Massen aus der Geschichte nie gelernt, - die Mächtigen aber machen diesen Fehler eher selten.**

Auch wenn es selbst in der Neuzeit verschiedentliche Versuche gegeben hat die eigene Macht durch systematische und unverschleierte Unterdrückung abzusichern, so haben selbst diese eher experimentellen Varianten nur das bereits bekannte Wissen bestätigt. Die Masse lässt sich nur bis an den Rand des Hungerns und Frierens treiben, aber wenn sie dann bei jedem Blick über irgendwelche Grenzen auch noch zu sehen bekommt wie scheinbar herrlich es auch in einer Überflussgesellschaft sein kann, dann beginnt die Uhr zum Ablaufdatum solcher Machtformen unvermeidlich zu ticken. Gerade auch im Zeitalter des Internet kann keine Grenze mehr so hermetisch abgeriegelt werden, dass auch nur der gelegentliche Blick über den Zaun gänzlich verhindert werden kann.

Die völlige Unterdrückung des Volkes ist auch gar nicht notwendig. Es lässt sich mit einer unüberschaubaren Anzahl von Verlockungen und dem Zuwerfen von gelegentlichen Brotkrumen durchaus bei Laune halten. Hier eine glamouröse neue Waschmaschine, da ein neueres Model eines Kleinwagens, hübsch verpackt in einen mindest ebenso unüberschaubaren (und jedenfalls permanent die Existenz bedrohenden) Schuldenberg und die einzelnen Bestandteile der Masse ist ohnehin restlos damit beschäftigt sich mit Unnutzern zu belasten, während jeder für sich um seinen Anteil am, scheinbar frei zur Verfügung stehenden, Ganzen kämpft.

Den Mächtigen kann nichts Besseres passieren, als, dass sich das Rudel gegenseitig zerfleischt.

*„Bitte liefern sie mir die neue Waschmaschine zwischen 17:00 und 19:00. Denn da sind all meine Nachbarn zuhause, können die Lieferung für mich gar nicht übersehen und platzen vor Neid.“*

Wer stellt seinen neuen Kleinwagen schon in die Garage ohne ihn zumindest dazwischen immer wieder draußen, für Alle gut sichtbar, zu parken?

Die Konsumdiktatur des Kapitalismus hat eindeutige Vorteile gegenüber der politischen Diktatur der Unterdrückung.

Selbstverständlich hat das Eine mit Demokratie dabei ebenso viel zu tun wie das Andere.

In diesem Sinne wird, und muss, sich eine echte Demokratie von einer Schein-Demokratie unterscheiden. Eine Scheindemokratie lässt sich aber nicht einmal mehr von der Begrifflichkeit her von einer echten Demokratie unterscheiden. Daher wird man dem „Nachfolgemodel“ auch einen neuen, eigenen Namen geben müssen.

Zu dem hier vorgestellten Denkansatz könnte Begriff der - **„Demokratur“** - passen, selbst wenn dieser eigentlich geprägt wurde um aufzuzeigen, dass sich hinter so gut wie jeder heutigen Demokratie, dem Wesen nach, eine Diktatur verbirgt.

Mit anderen Worten:

Die Demokratie war zwar als Basiskonzept hervorragend, ist aber derart fehleranfällig, dass sich jede Diktatur, ohne allzu großem Aufwand, den Deckmantel „Demokratie“ umhängen kann, und dies auch längst tut.

Gelegentliche verbale Entgleisungen von Politikern, wie, dass „*sie sich vom Volk nicht in ihre regierungspolitischen Entscheidungen dreinreden lassen*“ legen davon beredtes aber viel zu wenig beachtetes Zeugnis ab.

**Einer der größten Fehler der Demokratie ist es, dass das Volk in allen Belangen ein Mitspracherecht hat, obwohl kein Mensch von allen Belangen gleich viel verstehen kann.**

Bislang wird dieser unleugbaren Erkenntnis dadurch Rechnung getragen, dass dem Volk nicht die Entscheidung abverlangt wird welche Einzelperson der geeignetste Kandidat als Innenminister, Justizminister, Familienminister oder Gesundheitsminister wäre, sondern diese Fragen in einer pauschalierenden Beauftragung einer spezifischen Gruppierung erfolgt.

Die Frage wird auf ein generelles Parteiprogramm und die Person einer Art Galionsfigur reduziert.

*Welche Partei, welchen Parteichef hält man am besten für die Aufgabe geeignet all diese Posten richtig und zum Wohle der Allgemeinheit zu besetzen?*

Diese Entscheidung wird dem Einzelnen abverlangt ohne ihm viel mehr zu geben, ohne ihm viel mehr geben zu können, als reichlich nebulose Wahlversprechen und Absichtserklärungen welche dann „Partei-Programm“ genannt werden.

Freilich auch dies bereits mit der fix eingebauten Hintertür, dass sich alles, durch die neuerdings ohnehin nie vermeidbaren Koalitionen, ohnehin auch wieder ganz anders darstellen könnte. Leider, leider....

Demokratische Wahlentscheidungen können daher nicht viel mehr als ein Lotteriespiel sein, bei welchem lediglich die Frage geklärt wird, wer der Kandidaten das tiefste Verlangen im Volk am besten erkennen und ansprechen kann – keinesfalls aber wer dieses auch adäquat befriedigen können wird.

Es wird die Frage geklärt wer die einfachsten und dennoch eindrucksvollsten Sätze formulieren kann, und nicht wer in der Lage ist die Komplexität der einzelnen Herausforderungen am umfassendsten begreifen und gangbare Lösungen dafür finden kann.

Das liegt zum Einen natürlich an der Tatsache, dass man in dieser übersättigten Welt komplexe Botschaften gar nicht mehr transportieren kann weil einem Keiner lange genug zuhört, weil die „Attention-Span“ des Durchschnittsmenschen \* viel zu kurz ist, aber sicherlich auch deswegen, weil eben niemand Interesse an irgendwelchen ellenlangen Ausführungen hat, welchen er

mangels Fach- & Insiderwissen ohnehin nicht folgen und daher auch keine diesbezüglichen qualifizierten Entscheidungen treffen kann.

(\* Anmerkung Dez. 2018: Das stammt aus 2008! Lange bevor ein Trump dies noch weiter auf „140-Zeichen Twitter-Botschaften“ reduziert hat!)

Und genau das halte ich für den Schlüssel für die nächste Stufe politischer und gesellschaftlicher Entwicklung:

**Jeder Mensch hat zumindest in einem Bereich intensives Fachwissen oder zumindest großes Interesse daran.**

**Das ist das Potential, welches sich eine Staatsform, welche wirklich das Wohl der Gemeinschaft im Auge hat, zu Nutze wird machen müssen und in eine gesamtstaatliche Evolution integrieren sollte!**

**Und zwar vorzugsweise BEVOR die Chance zur Evolution von einer Revolution vernichtet wird.**

## **I.: Ursachenforschung & „Ist“-Analyse**

Die Erfindung des Automobils vor ca 100 Jahren fand in etwa zeitgleich mit dem Vormarsch der Demokratie in den westlichen Nationen statt.

Merkwürdiger Zufall oder eines zweiten Blickes wert?

Seit der Einführung des Automobils haben sich immer mehr Hersteller, um ein immer größer werdendes Klientel gestritten. Alle paar Jahre wurden und werden neue Modelle auf den Markt gebracht, dazwischen immer wieder s.g. „Face lifts“ vorgenommen um Aussehen wie Leistungen der Fahrzeuge dem veränderten und gestiegenen Anspruch des Konsumenten kontinuierlich anzupassen.

In all der Zeit ist aber das Grundkonzept das Gleiche geblieben:

- Räder, eine mehr oder weniger geschlossene Fahrgastzelle, Lenkrad samt beweglichen Rädern auf einer der Achsen und ein Verbrennungsmotor zum Antrieb.

Nach hundert Jahren beginnen die Hersteller, Entwickler und Träumer endlich mit der überfälligen Generalüberarbeitung unserer allgemeinen Vorstellung eines Automobils.

Zunehmendes Verkehrsaufkommen, massive Umweltbelastungen, Parkplatzprobleme und ein absehbares Ende der Versorgung mit fossilen Treibstoffen machen dies erforderlich.

Kurz gesagt: Eine generelle Veränderung unserer Welt, eine so massive Veränderung wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit binnen eines Zeitraumes von gerade einmal 100 Jahren, erzwingen dieses Umdenken.

**Bloß:** Bei unserer Regierungsform tun wir dies nicht?

Wir wursteln immer noch mit einem endlos aneinander gereihten Flickwerk von immer neuen Kompromissen und Adaptionen mit einem Grundkonzept herum das gut und gerne 2000 Jahre alt ist?

Wäre da, wo es noch dazu eigentlich wichtiger ist als die Fragen zum Automobil, nicht längst weit mehr als bloß ein „Face lift“ oder auch ein „neues Modell“ gefragt?

Wäre da nicht längst ein sogar revolutionäres Umdenken, das Schaffen eines gänzlich neuen Konzeptes, gefragt?

Ich denke: „Ja“.

Um etwas Neues zu errichten, muss man zunächst einmal darüber nachdenken, was an dem alten gut und erhaltenswert war. Man muss sich überlegen was von den alten Konzepten selbst dann als erstrebenswert erhalten werden muss, wenn man es nie wirklich erreicht hat, und man muss sich sowohl einen universell-einsetzbares Instrument als auch ein durchaus „regional eingeschränktes“ überlegen.

Nicht einfach, aber sicher nicht unmöglich.

Mein erster Schritt für die nachfolgenden Gedanken war daher, mich darum zu bemühen die grundlegendste Essenz aus unserer heutigen politischen Situation zu ziehen. Inklusive Berücksichtigung der Tatsache, dass die meisten meiner Mitmenschen, meiner Meinung sogar zu Recht(!), längst resigniert haben was politische Themen betrifft.

**„Politik-Verdrossenheit“** heißt ein Schlagwort und wird so gerne von Politikern aller Couleurs offiziell beweint, während das gleiche „Phänomen“ heimlich bejubelt wird. Bedeutet es doch, dass sich das „Stimmvieh“, also Sie und ich(!), nicht länger in die Machenschaften „derer da oben“ einmischt.

Wie aber soll „alle Macht vom Volke“ ausgehen, ja auch nur irgendeine Macht, wenn sich keiner mehr für Politik interessiert?

Einfach schon deswegen, weil man spätestens nach der dritten Wahl begriffen hat, dass man von Politikern offensichtlich prinzipiell angelogen wird?

Dabei möchte ich noch immer an das grundsätzlich Gute im Menschen glauben und daher den Grundsatz: „Im Zweifel für den Angeklagten“ auch für Politiker gelten lassen.

Mag schon sein, dass der Eine oder Andere die politische Laufbahn deswegen angestrebt hat, weil er wirklich etwas verändern wollte.

Je tiefer er aber in die Niederungen der Politik, der Seilschaften und geheimen Absprachen hinunter gesunken ist, was bei Politik „Aufstieg“ bedeutet, desto näher ist er jenem Punkt gekommen wo er sich entscheiden musste: „Mitmachen oder Aussteigen.“

Jene die sich fürs „Mitmachen“ entschieden haben, sind jene die uns heute regieren.

Aber greifen wir dem Ganzen nicht zu weit vor. Zunächst wollen wir ja einmal die Grundlagen erforschen und konkret erfassen.

Meiner Meinung nach definiert sich eine Gesellschaft über folgende drei Bereiche:

- **Bildung für die Jugend**
- **Absicherung des Alters**
- **Medizinische Betreuung für Alle**

Also doch zurück zum Kommunismus?

Nein!

Das sind schlicht die Grundvoraussetzungen für eine freie und denkende und verantwortungsvolle Gemeinschaft, die sich auch in dem Begriff: „Schutz für die Schwächsten“ zusammenfassen lässt.

Bevor ich weiterschreibe, sollte ich vielleicht noch ausführen, dass das hier vorgestellte Konzept oft auf die Situation in Österreich Bezug nehmen wird.

Einfach weil ich dort den größten Einblick habe und mir dieses Land, als mein Heimatland am meisten am Herzen liegt – was aber nicht heißt, dass sich mein Konzept nicht, entsprechend abgewandelt, in jedem Land umsetzen ließe.

Natürlich kommen zu den drei obgenannten Bereichen noch einige weitere hinzu, welche ich als „Definition einer humanistischen Gesellschaft“ ebenfalls für unabdingbar halte:

- **Keine Armut**
- **Kein Mangel an Nahrung**
- **Das Recht auf Arbeit**  
(oder eine sinnvolle Beschäftigung)
- **Das Recht auf eine trockene und gut beheizbare Wohnung**

Ich höre jetzt schon das Geschrei der gesättigten, gesunden, erfolgreichen & wohlhabenden Kapitalisten: *„Ja, Klar! Die Faulpelze sollen sich auf unsere Kosten auch noch ein gemütliches Nest bauen können!“*

Meine Antwort darauf: „Niemand wird mit diesem Minimum zufrieden sein und antriebslos in den Tag träumen, wenn er schon auf Grund von Punkt 1 im oberen Absatz (Bildung für die Jugend) die Möglichkeiten kennt, die ihm eigentlich offen stünden.“

Aber das führt an diesem Punkt zu weit, ich werde noch auf den Gedanken der „Grundsicherung“ bzw. jenen des **„Garantie-Einkommen“** zurückkommen.

So viel sei aber vorweggenommen:

Ich kann und will nicht einsehen, warum wir für militärische Abenteuer im Tschad Geld haben, während es daheim noch echte Armut gibt?

Ich kann uns will so manche andere Ausgabe, um nicht zu sagen „Geldverschwendung“, nicht verstehen, während wir gleichzeitig angeblich den Rentnern die Pensionen kürzen für die sie immerhin einbezahlt haben, und den Erwerbstätigen das Recht auf bestmögliche medizinische Versorgung nehmen.

So viel Zynismus finde ich im Grunde unerträglich.

Ich kann dazu einfach nichts anderes sagen als:

**Der Wert einer Gemeinschaft definiert sich über ihren Umgang mit den Schwächsten.**

Heranwachsende, Kranke und Alte sind  
aber nun mal die Schwächsten.

Um hier ein konkretes Beispiel aus der  
jüngsten (österreichischen) Polit-Burlesque  
zu nennen:

(\* Anm.: Seit ich das 2008 geschrieben habe, ist es  
noch viel, VIEL schlimmer gekommen!)

Wenn ein in Österreich ansässiges  
Unternehmen zu dem Schluss kommt, dass  
ihm die Personalkosten in Österreich zu  
teuer kommen, dann gibt es zwei  
Möglichkeiten:

- Entweder es bekommt plötzlich  
Milliardensubventionen und die  
Politiker überholen sich gegenseitig  
bei dem Wettrennen wer als Erster  
im Enddarm des betreffen Un-  
ternehmers herumturnen darf,
- Oder, es schließ das Werk in  
Österreich, setzt die Mitarbeiter auf  
die Strasse und verlagert seinen  
Produktionsstandort in ein s.g.  
„Niedriglohnland“.  
Niemand (ausser den in die  
Arbeitslosigkeit Katapultierten) wird  
heutzutage an so einem Vorgang  
etwas besonders Anstößiges oder  
gar erwähnenswertes finden. 5  
Zeilen in der Tagespresse und das  
war's auch schon.

Und jetzt vergleiche man mit obiger  
Gegebenheit die Situation jener Familien  
welche ihre Alten nicht in irgendwelche

Pflegeheime abschieben möchten, welche angeblich als so „hochstehend“ allseits propagierte Werte wie „Familie“ wirklich erhalten möchten und zur Entlastung der einzelnen Familienmitglieder eine „billigere Arbeitskraft aus dem Osten“ beschäftigen.

Oh! Was geht da plötzlich für ein Wutgeschrei durch die Medien, wie werden manche nicht müde immer wieder irgendetwas zu betonen während die Politiker nicht Müde werden auf irgendwelche dubiosen Gesetze zu verweisen.

Ich sage:

Wenn das Gesetz den Familien verbietet einen tauglichen Weg bei der Betreuung ihrer Lieben zu beschreiten, dann ist nicht dieser Weg falsch (oder gar „kriminell“) sondern das Gesetz.

„Gesetze“ wurden von Menschen geschaffen, sie können auch von Menschen geändert werden.

Durch diesen Schritt werden keine unzähligen Arbeitsplätze vernichtet!  
Durch diesen Schritt gehen nicht Unsummen an Lohnsteuern verloren!  
Durch diesen Schritt wird niemand wirklich geschädigt und es ist im Grunde Nichts anderes als die Verlegung des „Produktions-Standortes IN den Osten“, nur eben, dass man den „Produktions-Standort“ VOM Osten, nach Österreich verlegt!

Ein paar Euro an Lohnsteuer mögen verloren gehen aber viel menschliche Wärme und Freude wird dadurch gewonnen.

Wie kann man da auch nur noch eine Sekunde „diskutieren“?

Aber, selbst wenn es mich in den Fingern juckt, möchte ich nicht zu oft oder zu viel auf Detailfragen eingehen, sondern mich eher darauf beschränken die größeren, eher duplizierbaren und in vielen Ländern einfach umsetzbaren, Konzepte zu präsentieren.

## **II.: Das Grundgerüst**

**Wenn es eine Wurzel des Übels ist, dass Alle bei Allem und Überall mitreden sollen, dann gilt es dieses Problem zu lösen.**

Eine Staatsform in welcher eine gallertartige Masse irgendwo ganz weit unten, desinteressiert, weil oft genug mit dem sprichwörtlichen „nassen Fetzen“ davongejagt, alles tut - nur nicht sich an jenen Prozessen zu beteiligen über welche hinterher (oft genug zu Recht!) große Unzufriedenheit herrscht. Auf der anderen Seite eine abgehobene, nicht selten den Alltagsfragen befremdet gegenüberstehende, Regierungs-Kaste, in mehr oder weniger totaler Abhängigkeit von einer noch kleineren Kaste an Bankern, herrscht, ist eine solche Demokratie in der Tat eine „ideologische Missgeburt“.

(Auch wenn diese Begrifflichkeit von einem nicht ganz unstrittigen, zwischenzeitlich unter eher mysteriösen Umständen verstorbenen, österreichischen Politiker stammt.)

Die Verbindung von „unten“ nach „oben“ fehlt entweder ganz oder sie steht auf so dünnen Beinchen, dass sie ohnehin keinerlei Last tragen könnten.

Also gilt es zunächst einen massiven Sockel zu schaffen, für eine solide Verbindung zwischen der oft strapazierten „Basis“ und dem „Kopf“.

Schließlich kann man vom Kopf schwer erwarten, dass er tut was das Volk will, wenn er im Grunde gar keine wirkliche Möglichkeit hat, zu erfahren, was das Volk eigentlich wirklich will!

Auch wenn dieses Argument sicherlich in den meisten Fällen nicht viel mehr als eine faule Ausrede ist, so macht es Sinn zumindest dafür zu sorgen, dass es nicht mehr so leicht strapaziert werden kann.

Lassen Sie mich den eher komplizierten Satz von ein Stück weiter oben, noch ein weniger detaillierter analysieren:

### **Woraus besteht denn eine Demokratie eigentlich?**

Einerseits haben wir da diese, bis hart an die Grenze des totalen (politischen) Desinteresses gedrängte, „gallertartige“ Masse welche auch als „Wähler“ bezeichnet wird, - auf der anderen Seite haben wir die Kandidaten welche offenbar nur mehr nach dem Blickwinkel ausgewählt werden, wer am fotogensten und telegensten ist.

Letztere lächeln uns in Zeiten von Wahlen aus jedem nur erdenklichen Winkel an, überlebensgroß auf Plakatwände affiziert, die leeren Sprüche der Parteilinie noch weiter auf nichts sagende Worthülsen reduziert, mit

denen uns Dinge versprochen werden, die wir scheinbar hören wollen.

Die ungeheuer komplexen Themen einer Regierungsarbeit als Ein-Satz-Botschaften.

Wie kann das anders enden als in der Enttarnung als eine Lüge?

Etwas mehr Sätze mutet man der Wählerschaft allenfalls bei TV-Diskussionen zu. Immer noch knappest bemessen, schließlich ist Sendezeit nicht nur kostbar sondern wird auch die Aufnahmefähigkeit, das (Er-) Fassungsvermögen der Wähler als minimalst eingeschätzt.

So taumeln wir von einem Debakel ins Nächste und nur wenn man ein wenig über die Rahmenbedingungen nachdenkt, wird klar, dass es bei einer solchen Vorgangsweise schon mehr als nur Glück braucht um zu einer fähigen, patriotischen und tauglichen Regierung zu kommen.

Selbst die unterschiedlichen Parteiprogramme haben heute kaum mehr eine Aussagekraft.

Alldieweil diese so unterschiedlich längst nicht mehr sind.

Die Sozialisten haben jeden sozialen Gedanken und Verantwortung auf dem gleichen Altar geopfert wie die christlich-konservativen Wirtschaftsparteien ihre Christlichkeit. Und selbst die Grünen, reduzieren ihr „grün sein“ darauf, zu

Parlamentssitzungen im selbst gestrickten Öko- Pulli zu erscheinen.

Die einstigen Dogmen werden nur mehr, als Banner für eine scheinbare Orientierungshilfe, in einem grauen Einheitsbrei hochgehalten.

Selbst die „Grünen“, und die „Nationalen“ sind auf der Dauerjagd nach „Kompromissen“ um die eine oder andere zusätzliche Wählerstimme zu ergattern.

Kaum sind die Pfründe für eine weitere Legislaturperiode verteilt, versinkt das Alles in eitlem Wohlgefallen bzw. Selbstgefälligkeit und man beschäftigt sich sehr intern damit, die Beute in Stücke zu reißen und aufzuteilen.

*Wahlversprechen?*

Das müssen wohl *Versprecher* gewesen sein.

Politische Parteien unterscheiden sich nur mehr durch den Farbton der Schafspelze welche sich die Wölfe für die Dauer des Wahlkampfes übergezogen haben.

Nicht nur deswegen komme ich zu dem, für mich einfach logischen, Schluss und der daraus folgernden Forderung nach einer:

**Abschaffung aller politischen Parteien**

Bevor Sie jetzt aufheulen und sich in Protestgezeter ergehen, samt der Frage ob ich etwa den Einparteien-Staat propagiere, ergo eine Diktatur, möchte ich zweierlei tun;

Erstens: die Antwort geben „Nein“! Würde ich einen Einparteien-Staat für richtig halten, dann hätte ich gesagt:

„Abschaffung aller politischen Parteien – bis auf Eine!“

Das habe ich aber nicht gesagt!

Ich habe gesagt:

**„Abschaffung aller politischen Parteien.“**

Woraus sich „Zweitens“ folgt, nämlich die Antwort auf die berechnete Frage wodurch ich diese ersetzt sehen will, und zunächst warum ich diese Forderung aufstelle.

Also zum einen, meine ich, dass keiner von uns in der Lage ist wirklich abschätzen zu können welche Partei das beste Team für eine anstehende Aufgabe bietet.

Bei „Keiner“ bzw. „Niemand“ inkludiere ich mich übrigens auch selbst!

Ganz abgesehen davon, dass im Wahlkampf selten bereits das gesamte vorgesehene Regierungsteam vorgestellt wird.

Wir wählen also „nur“ den Bundeskanzler, von dem wir glauben (glauben gemacht wurden), dass er das Beste Team zusammenstellen wird(!).

Selbst wenn uns bereits im Wahlkampf das gesamte Team der vorgesehenen Minister, samt deren Qualifikationen und Vorstellungen zur Führung ihrer Ressorts präsentiert würde, selbst wenn wir selber die Qualifikation hätten einzuschätzen, ob das was uns da erzählt wird, stimmt oder zumindest stimmen könnte, dann wäre spätestens nach der Wahl ohnehin wieder Alles ganz anders.

Schließlich zeigt die Erfahrung, dass es immer häufiger zur Notwendigkeit kommt Koalitionen zu bilden und Bündnisse zu schließen.

Nicht selten mit jenen die man im Wahlkampf noch wüst beschimpft und denunziert hat.

Um sich als Zünglein an der Waage zur Verfügung zu stellen, verlangen die möglichen Koalitionspartner natürlich Ämter und Rechte und Privilegien....

Und was kommt dabei heraus?

Weder jene Wähler welche der die Mehrheit stellenden Partei ihre Stimme gegeben haben, noch jene Wähler welche dem späteren Koalitionspartner ihre Stimme gaben, und schon gar nicht jene welche für die späteren Oppositionen gestimmt haben, bekommen das was sie durch die Abgabe ihrer Stimme als ihren Willen bekundeten.

....und durch das derzeit diskutierte „Mehrheitswahlrecht“ wird diese Unverhältnismäßigkeit eher noch schlimmer als besser.

Kleiner Exkurs an dieser Stelle:

Nur wenige Wähler votieren bewusst für eine Partei von der anzunehmen ist, dass sie aus der Wahl als Opposition heraus gehen werden.

Jene die das tun, tun es nur das deswegen, weil Sie mit ihrer Stimme auf eine stärkere Kontrollfunktion für die Regierung durch die Opposition hoffen.

Im Großen und Ganzen ist es aber sicher nicht vermessen wenn man behauptet, dass Jeder der Partei A wählt auch Partei A als Regierung sehen möchte – und nicht eine Mischkulanz zwischen Partei A und Partei B.

Das Gleiche gilt selbstverständlich für die Wähler der Partei B. Und für jene der Partei C, D, E und wie viele es sonst auch immer geben mag.

Selbst wenn nun Partei A die meisten Stimmen bekommen hat und eine Allein-Regierung bildet, dann ist diese Regierung nicht im Interesse der Mehrheit, außer sie hätte ein Wahlergebnis von über 50% an Zustimmung eingefahren.

Und selbst dann wäre diese Regierung immer noch nicht im Interesse von eben knapp weniger als der Hälfte der Wahlberechtigten! Es wäre also eine Regierung, die entgegen dem ausdrücklichen Wunsch von knapp der Hälfte der Wahlberechtigten im Amt wäre!

Ich frage mich also was einem Wahlsystem und daraus resultierenden Regierungen brauchbar sein soll, wenn in diesem

Wahlsystem schon automatisch der Umstand enthalten ist, dass die Wünsche von zumindest einem Großteil der Bevölkerung, für zumindest die nächste Legislaturperiode, missachtet werden?

Im Falle einer Koalition sogar die Wünsche der Gesamten Bevölkerung!

Schließlich hat bei einer Solchen so gut wie kein Wähler das Endergebnis, für welches er votiert hatte.

Bitte, ich frage Sie:

„Was soll daran „demokratisch“ sein?

Sich mit dem geringsten Übel abzufinden, abfinden zu müssen(!) – den „am wenigsten faulen Kompromiss“ einzugehen und zu akzeptieren, kann doch ganz gewiss nicht dem eigentlichen demokratischem Grundgedanken entsprechen, der da lautet:

**Alle Macht geht vom Volke aus**

...denn „das Volk“ wären immer noch „Alle“!

Außerdem kann so ein „Geringeres Übel“, so ein am wenigsten fauler Kompromiss, nicht über die Notwendigkeit hinwegtäuschen, dass es an der höchsten Zeit ist nach Wegen zu suchen um dieses Übel, diese Kompromisse künftig eher zu vermeiden.

Durch diese Polarisierung und (in meinen Augen) Reduzierung der wenigen verblieben politisch interessierten Menschen auf politische Parteien, welche im Grunde ohnehin keinerlei Individualität oder erkennbare Unterscheidungsmerkmale ,ehr haben, erzeugt man eigentlich, außer

sinnlosen Friktionen und Reibereien, nichts Brauchbares.

Im besten Fall (!) hat man einen „Roten“ der nicht mit einem „Blauen“ spricht, einen „Blauen“ der auf die „Orangen“ spuckt, einen „schwarzen“ der sich ohnehin für den Nabel der Welt hält und „Grüne“, welche sich darin erschöpfen, ohnehin ganz, ganz anders als die Anderen sein zu wollen (und es natürlich unterm Strich auch nicht sind).

Mir ist schon klar, dass der Mensch einmal grundsätzlich ein Herdentier ist und es seinem fast natürlichen Drang entspricht irgendwo „dazugehören“ zu wollen, aber trotzdem meine ich, dass unser aller Augenmerk auf folgende Grundaussage gerichtet werden sollte:

**Nicht nach dem Trennenden  
zu suchen, sondern das  
Verbindende zu finden.**

Politische Parteien funktionieren aber nach dem Basiskonzept der „Unterscheidung“, also auf jenem des „Polarisierens“, daher auf dem des „Trennenden“, der „Abgrenzung“ und

führen mich daher zu der Kernforderung:

**Abschaffung ALLER  
Politischen Parteien.**

Hand auf's Herz:

Wie oft in Ihrem Leben haben sie schon eine Äußerung eines Politikers gehört die sie spontan gut und richtig gefunden haben, dann aber doch öffentlich ablehnen und sogar lächerlich machen „mussten“, weil der betreffende Politiker der „falschen Partei“ angehört hat?

Sehen Sie?!

Ich habe noch ein weiteres Thema kurz angeschnitten und dann nicht weiter ausgeführt, und das will ich jetzt nach holen:

**Es geht um die Qualifikation eines Politikers;**

Selbst politisch interessierten und engagierten Menschen (ich inkludiere mich hier wieder einmal ausdrücklich selbst), sind einfach nicht in der Lage die Qualifikation eines bestimmten Menschen für ein bestimmtes politisches Amt abzuschätzen.

Ich frage mich wie viele allein in der letzten Wahl für den heutigen Bundeskanzler (Anm. 2018: damals Gusenbauer) Österreich gestimmt haben, weil sie die,

von seiner Mutter kolportierte Story herzerfrischend gefunden haben:

*„Der kleine Fredi hat schon als Kindergartenkind in der Sandkiste davon geträumt eines Tages Bundeskanzler zu werden.....“*

Mit solchen Storys können wir Alle etwas anfangen. Sie sind herzerfrischend und sie erinnern uns an unsere eigenen Kindheitsträume.

So wie wir im Grunde unserer Herzen selber nie aufgehört haben diesen nachzuhängen, so fällt es uns leicht etwas ungeheuer Positives darin zu sehen, wenn einer unserer Mitmenschen kurz davor steht seinen zu erreichen. Alles was er dazu braucht ist unsere Stimme am Wahltag. Welcher grausliche Neidhammel müsste man sein, dem (nicht mehr ganz so) „kleinen Fredi“ nicht zu helfen, sich diesen Traum zu erfüllen?

Das ist rührend, gewiss, und zeugt auch davon, dass die Meisten von uns trotz aller Widernisse des Lebens nicht auf unsere menschliche Seite vergessen haben, - aber bei ganz objektiver Betrachtung ist ein Kindergarten-Sandkisten-Bubentraum wahrlich nicht jene Qualifikation für das Amt des Bundeskanzlers. welche man sich wünschen würde!

Auf der anderen Seite:

Welche anderen Kriterien sind uns denn bekannt? Nach welchen Kriterien sollten wir denn unsere Entscheidung treffen?

Ganz abgesehen davon, dass uns vorher ohnehin Keiner sagt wen der „Fredl“ im Falle seines Wahlsieges als z.B. Finanzminister vorgesehen hat, ...ganz abgesehen davon, dass wir ohnehin nicht einschätzen könnten ob diese Person über jene herausragenden Qualifikationen verfügt, die wir uns von einem Finanzminister erwarten würden....

....und das war dann auch, nach der Wahl, ohnehin der erste Posten den „der Fredl“ an die (eigentlich unterlegenen) Anderen verscherbeln musste, um deren Unterstützung bei seinem Vorhaben zu bekommen, doch noch Bundeskanzler zu werden.

So ist es wirklich nicht weiter verwunderlich, dass wir in einem Staatsgefüge landen wo ein ehemaliger Dorfgendarm aus Tirol plötzlich als Innenminister über die gesamte innere Sicherheit unseres Landes entscheiden soll, und ein ehemaliger Wehrdienstverweigerer plötzlich zum Chef der Streitkräfte gemacht wird.

Jene Inkompetenz, welche man sich von den Betreffenden erwarten muss, zeigt sich dann schon in deren Vorgeschichte, - bloß zu diesem Zeitpunkt hat die Bevölkerung das „Heft der Entscheidung“ ja schon aus der Hand gegeben.

Zu jenem Zeitpunkt wird die Beute schon ausschließlich zwischen den Geiern nach meist geheimen Absprachen verteilt.

Und jetzt frage ich Sie:  
Was hat das Ganze mit: **„Die ganze Macht geht vom Volke aus“** zu tun?

Sehen Sie!  
Eben!  
Nichts!

Bevor ich mich daran mache Ihnen jenes Konzept zu präsentieren, welches ich für weitaus tauglicher halte uns zu regieren, lassen Sie mich noch einmal die wesentlichen, bisher aufgeworfenen Eckpunkte rekapitulieren:

- **Sicherung der bestmöglichen Ausbildung für die Kinder, Jugend und den Nachwuchs**
- **Lückenlose Krankenversorgung und Gesundenbetreuung für Alle**
- **Absicherung der Versorgung der Alten**
- **Keine Armut**
- **Kein Mangel an Nahrung**
- **Das Recht auf Arbeit – oder eine sinnvolle Beschäftigung**
- **Das Recht auf eine trockene und gut heizbare Wohnung.**

gefolgt von:

- **Abschaffung aller politischen Parteien**
- **In Kraft setzen von Systemen welche das Verbindende weit über Trennendes stellen**

Ich kann eigentlich nur hoffen, dass ich bis hierher zumindest dann völlige Zustimmung habe, wenn ich Ihnen jetzt ein Konzept präsentieren kann welche das Alles auf eine gute und sinnvolle Art und Weise erreicht – und zwar ohne irgend eine totalitäre oder gar totalitär-kommunistische Staatsform aus der Schublade zu holen.

**Aufgewärmt schmeckt nur ein Gulasch gut – was wir brauchen ist aber etwas komplett Neues!**

Allerdings muss ich Sie noch für einen kleinen Augenblick vertrösten, denn bevor wir zu meinem Konzept kommen, möchte ich noch auf eine weitere, wie mir scheint sehr wichtige, Problematik eingehen.

Dabei geht es um die „Legislatur-Periode“.

Also um jenen Zeitraum zwischen zwei Wahlen welcher Politikern jeweils zur Verfügung steht um entweder:

- a.) Wichtiges für die Zukunft und das Wohl der Bevölkerung zu leisten, oder
- b.) Die eigene Zukunft für die Zeit nach der nächsten Wahl abzusichern.

Wenn heute ein Politiker überhaupt auch nur etwas von a) anstrebt, dann können wir eigentlich schon glücklich sein! Verständlich, und im Grunde auch „logisch“ ist es aber,

wenn Politiker ihr Hauptaugenmerk auf das Erreichen von b) legen.

Und das ist, sorry wenn ich das so sagen muss, wirklich verständlich, „normal“ und logisch!

Die Wurzel dieses Übels liegt nicht bei den Politikern sondern in einem „normalen menschlichen Verhalten“.

Selbst wenn man es manchmal gar nicht glauben möchte, aber auch Politiker sind letztendlich „nur“ Menschen.

Ich erlaube mir zu erklären:

Selbst wenn man fertige Konzepte bei Amtsantritt in der Schublade hat, würde ein langer Kampf um deren Umsetzung beginnen. Nicht zuletzt muss ein starrer Beamtenapparat in den einzelnen Behörden und Ministerien überzeugt und mobilisiert werden. Ein Beamtenapparat der wenig Lust verspürt auf einen, Arbeit verursachenden!, neuen Zug aufzuspringen.

Wozu soll man sich denn auch anstrengen?

In spätestens 4 Jahren gibt es aller Wahrscheinlichkeit nach den „Kasperl“ nach dessen Pfeife sie jetzt tanzen sollen, ohnehin nicht mehr!

Dann müssen natürlich auch die allenfalls erforderlichen Mittel aus der Eisenklaue des Finanzministers gerungen werden und selbst das geht aller Wahrscheinlichkeit nach frühestens mit dem nächsten Budget.

Also schon allein für diesen Part ist einmal ein gutes Viertel der Gesamt- Legislatur-Periode aufgebraucht.

Bis das Geld bereit ist, die Beamtenschar überzeugt und motiviert und das Konzept in Gang gesetzt ist, vergeht also viel Zeit.

Die „Chancen“ stehen also gar nicht schlecht, dass man selbst schon nicht mehr im Amt ist bis die gesetzten Maßnahmen greifen und Erfolge zeigen.

Erfolge mit denen sich dann der Nachfolger schmücken wird!

Wer steuert schon gerne jene Federn bei, mit denen sich dann aller Wahrscheinlichkeit nach ein Anderer schmücken wird?

Also reduzieren sich die wenigen Maßnahmen, welche von Politikern gerne ergriffen werden, auf Maßnahmen, welche schnelle Resultate bringen, und seien es auch nur Scheinresultate;  
Schließlich braucht man ja nur Munition, um bei den nächsten Wahlen wieder punkten zu können.

Solche „Schnellschüsse“ können aber gar keine „tiefschürfenden Veränderungen“ bringen!

Sie können allenfalls „Tünche für die Oberfläche“ sein, und sind damit schon von ihrem Grundkonzept her wertlos.

Die nächste grundlegende Erkenntnis muss daher sein:

**Legislatur-Perioden sind zu kurz !**

Wer grundlegende und tiefgreifende Veränderungen erzeugende Arbeit leisten will, soll auch in den Genuss des Erfolges kommen können, wenn die Saat dann endlich Früchte trägt, - oder aber, er soll auch noch da sein um die Verantwortung übernehmen und tragen zu müssen, wenn sein Konzept ein Misserfolg war.

Wie will man von jemandem Kontinuität und langfristige Konzepte erwarten, wenn man ihm dazu nur sehr kurze Schaffensperioden einräumt?

Es gibt aber noch einen dritten, und sehr wesentlichen Punkt, warum „Minister“ in unserem gegenwärtigen System, eigentlich „wertlos“ sind und sein müssen!  
Aber fassen wir zunächst die beiden bisher erwähnten Punkte zusammen:

- 1.) Die Besetzung von Ministerposten erfolgt aus dem Pool der, den jeweiligen Parteien zur Verfügung stehenden, Personen.  
Sie ist letztendlich das Resultat von einem bazarähnlichen Herumgefeilsche innerhalb der einzelnen Parteien bzw, mit und gegen die Koalitionspartner.**
- 2.) Die Legislaturperioden sind einfach zu kurz um Nachhaltiges schaffen zu können, bzw. um einen Anreiz zu bieten, Nachhaltiges schaffen zu wollen!**

Ich denke aus dem bereits Gesagten wird schon deutlich, dass wir die Minister, die wir haben wollen würden, gar nicht bekommen können – aber es kommt noch schlimmer:

Um einem wütenden Aufheulen meiner werten Leser bei dem nächsten Gedanken vorzubeugen, möchte ich den Staat einfach einmal einem privatwirtschaftlich geführten Unternehmen gegenüber stellen.

Wenn der Staat einem solchen Privatunternehmen gleich gestellt wird, dann muss man ihn schon mit einem riesigen Konzern vergleichen.

Ein Konzern der (so wie z.B. Österreich) einige Millionen an Arbeitnehmern hat, wird heutzutage nicht einmal auf die Idee kommen die folgenden drei Punkte zu vernachlässigen:

- 1.) Für umfassende Ausbildung des Nachwuchses zu sorgen
- 2.) Für eine umfassende Krankenversorgung seiner Mitarbeiter und deren Angehörigen zu sorgen
- 3.) Betriebliche (zumindest Zusatz-) Altersvorsorge anzubieten.

.....wundert es irgendwen, wenn uns diese drei Punkte schon bestens bekannt vorkommen?

Jetzt haben große Megakonzerne auch noch längst andere soziale Einrichtungen, wie zum Beispiel betriebsinterne Kindergärten.

Die Manager solcher Konzerne verdienen enorme Gagen und die Aufwendungen um das Firmengelände in Stand, die Produktionsstätten in Betrieb und die einzelnen Abteilungen untereinander in bester Kommunikation zu halten, sind auch enorm.

Trotzdem – und vor Allem, müssen solche Konzerne positiv bilanzieren!

Das heißt in anderen Worten sie müssen aktiv Geld verdienen!

Und sie tun es.

Sie schaffen es und können es.

Und zwar nicht nur die Tatsache als „Erfolg“ zu verkaufen, dass sie gerade wieder ein Geschäftsjahr ohne Neuverschuldung überstanden haben bzw., dass sie es gerade mal geschafft haben, genug zu verdienen, um wenigstens die Zinsen für die alten Schulden zu bezahlen.

Und es wird einem Konzern auch nicht gelingen, dabei die Tatsache unter den Tisch zu kehren, dass diese Altschulden aber um keinen Deut geringer geworden sind.

Wenn heute eine Regierung ein „Null-Defizit“ pompös verkünden lässt (ganz gleich ob dieses auch nur dadurch erreicht werden konnte, indem der Staat sein „Familiensilber“ verhökert hat) dann bedeutet das Nichts anderes als wenn ein Konzern stolz darauf wäre keine neuen Schulden gemacht zu

haben und wenigsten die Zinsen der alten Schulden bezahlt zu haben.

So ein Konzern wäre schnell im Konkurs....

Aber halt! Stopp! Zurück spulen....  
Was habe ich da gerade gesagt?

**„.....die Manager solcher Konzerne verdienen enorme Gagen.....“ ??**

Lassen wir diesen Satz, herausgestrichen, einmal kurz stehen und schalten die Beleuchtung auf die politische Landschaft wieder an.

Ein (guter und aktiver) Politiker hat einen 16 Stunden Arbeitstag, nicht selten 7 Tage die Woche, und selbst an hohen Feiertagen, wenn jeder von uns längst gemütlich im Kreis der Lieben in den eigenen vier Wänden hockt, sitzen sie in Fernsehstudios und halten Ansprachen, erscheinen bei Messen und Volksfesten um den Kontakt zum Bürger nicht ganz zu verlieren (auch wenn sie vor Übermüdung oft genug nicht mehr wirklich zuhören) und dabei wird jeder ihrer Schritte von einer Meute hungriger Medienvertreter eben- so verfolgt wie von Neidern und politischen Gegnern.

Ein Leben im Glashaus mit einem enormen Stress und dazu verlangt man auch noch heraus- ragende Leistungen von ihnen.

Ist es da ein wunder, dass Politiker oft genug versuchen ein möglichst „niedriges Profil“ zu halten? Möglichst wenig aufzufallen

möglichst „unscheinbar“ zu bleiben?

Richtig!

Von einem Manager in der Privatwirtschaft wird Ähnliches an Aufopferung verlangt, ähnliches an Wissen, Kenntnissen, Fähigkeiten..... Aber im Unterschied zur Politik verdienen die Manager auch „enorm“.

In der Privatwirtschaft wundert sich keiner darüber, dass einer, der „enorm“ viel leistet auch „enorm“ gut bezahlt werden will.

Und in der Politik?

Da ist der Leistungsdruck, das was wir von Politikern erwarten, mindest ebenso hoch (wenn nicht höher, denn dem Staat bleibt der Ausweg in den „Konkurs“ ja nicht wirklich) aber im Vergleich dazu bezahlen wir diese Leute wirklich lausig!

Wie kann ich den besten Mann für eine Aufgabe motivieren diese Aufgabe auch zu übernehmen, wenn ich ihm die schlechteste nur denkbare Gage für diese Arbeit biete?

Ist es denn unter diesem Blickwinkel wirklich verwunderlich, wenn wir einfach keine wirklichen Top-Leute für dieses „Unternehmen Staat“ bekommen können?

Und wenn wir sie schon bekommen, weil der eine oder Andere durchaus Willens ist seine besonderen Fähigkeit zum Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen und wir bezahlen sie nicht nur extrem schlecht, sondern setzen sie

auch noch einem ständigen medialen Trommelfeuer, Spot, Hohn aber viel mehr noch Häme und Niedertracht aus, dann wundern wir uns wenn sich solche Leute dezent an die Stirn tippen und fragen:  
*„Was? Das soll ich mir weiter antun? Wozu? Weshalb? Ich bin doch nicht blöde!“*

Alleine in Österreich haben wir in den letzten 30 Jahren 3 wirkliche Spitzenleute aus der Wirtschaft in der Politik gehabt. Alle drei haben wir so schlecht behandelt, dass sie schließlich den oben erwähnten Satz, in der einen oder anderen Abwandlung vermutlich, gesagt haben.

Der Gag dabei, jeder dieser Drei kam aus einem anderen „politischen Lager“!

- Dr. Hannes Androsch, aus der sozialdemokratischen Fraktion
- Dr. Josef Taus aus der christlich-konservativen Ecke
- Dr. Hans Peter Haselsteiner aus der nationalen Abteilung.

### **Sehen Sie worauf ich hinaus will?**

- 1.) Durch unser „Fraktionsdenken“, durch dieses Zwangskorsett der „politischen Parteien“ hätte man es nie geschafft, diese drei Kapazitäten gemeinsam ans Werk „zum Wohle Aller“ gehen zu lassen. Und
- 2.) Selbst wenn man 1) unter irgendeinem Titel geschafft hätte, weshalb hätte sich das auch nur einer der Drei auf Dauer

selber antun sollen, wenn sie doch alle in der Privatwirtschaft deutlich mehr verdienen konnten und immer noch können?

Daraus ziehe ich folgende Schlussfolgerung (aber natürlich nicht „nur daraus“!):

**Wenn wir Top-Leute mit Top-  
Qualifikationen an  
Schlüsselpositionen haben  
wollen,  
dann müssen wir ihnen auch  
Top-Bezahlung bieten!**

Mir ist schon bewusst, dass das eine eher heikle Forderung ist, zumal die meisten Menschen schon jetzt, der derzeitigen Politiker-Gehälter wegen, lautstark zetern. Und da gebe ich meinen Mitbürgern sogar Recht! Für das was unsere derzeitigen Politiker leisten, sind sie allesamt eindeutig überbezahlt!

Lassen Sie mich also zusammenfassen, denn, damit wäre meine Liste der Forderungen für Minister-Posten so gut wie komplett:

**1.) Ministerposten nicht mehr aus dem Pool der den jeweiligen Parteien zur Verfügung stehenden Personen zu besetzen.**

(Geht Hand in Hand mit meiner Forderung alle politischen Parteien überhaupt abzuschaffen)

**2.) Die Legislaturperioden sind einfach zu kurz, um Nachhaltiges schaffen zu können, um einen Anreiz zu bieten Nachhaltiges schaffen zu wollen!**

**3.) Wenn wir Topleistungen wollen, dann müssen wir auch Top-Gehälter bezahlen!** (Nach ähnlichen Strukturen und Systemen wie sie solche Leute auch in der Privatwirtschaft vorfinden würden)

Aber, weil es hier gleich so gut her passt, weite ich diese Forderung noch wie folgt aus:

**4.) Ministern (also den Top-Managern der einzelnen Ressorts) wären jedwede „politischen Verpflichtungen“ zu erlassen.** (Die sollen Ihre Arbeit machen und nicht auf Volksfesten Hände schütteln müssen.)

**5.) Die Privatsphäre solcher Topmanager sollte „heilig“ sein.**

wohingegen:

**6.) Ein Top-Manager auf einem derzeit von „Ministern“ besetztem Sessel auch keine „parlamentarische Immunität“ genießen würde.** (Also volle Verantwortung gegenüber dem Volk für seine Handlungen!)

Wenn wir aber keinen Bundeskanzler brauchen, dessen Wahl man zumindest als „kleiner Mann von der Strasse“ noch das Gefühl verdankt in einer „Demokratie“ zu leben; - wenn wir keine politischen Parteien mehr brauchen und daher auch keine durch diese besetzte Ministerposten, dann bedeutet das eine de-facto Abschaffung der Demokratie?

Nein!

Im Gegenteil!

Ich plädiere lediglich dafür ein im Grunde völlig untaugliches „demokratische Prozedere“ durch praktische, direkte und unmittelbare Einflussnahme zu ersetzen!

Haben wir bisher den Staat in unserem Verständnis in zwei Bereiche geteilt, in „den Staat“ und „die Kirche“, so ziele ich auf eine mehrfache Unterteilung ab.

- ⇒ Der repräsentative (politische) Staatsapparat (den kann man denkbar klein halten)
- ⇒ Das Corps der (absolut unpolitischen) Manager (hier sind Vollprofis gefragt)
- ⇒ Die Justiz (als völlig unabhängiger und in und ausschließlich dem Volk gegenüber zur Rechenschaft verpflichteter Apparat)
- ⇒ Das Volk mit einer direkten Einflussnahme (Konzept folgt im Anschluss)
- ⇒ Das System der Legislative (der Gesetzgebung) wird direkt aus dem Volk geschöpft

...und wer mag, durchaus auch noch gerne jede beliebige „Kirche“, solange das „absolute Privat-Sache“ bleibt.

### **III.: Senats-Demokratie der besten Köpfe**

Einer der Lieblingssätze der österreichischen Volks-Seele welcher sogar Einzug in die Klassiker der Literatur gefunden hat, lautet:

***„wenn ich etwas (mit-) zu reden hätte, ich würde alles abschaffen“***

(Waun i wos z'redn hätt', I schoffat ollas oh.)

Dieser launige Spruch ist ebenso alt wie es bisher offenbar niemand der Mühe wert gefunden hat, darüber nachzudenken welches ungeheure Potential in genau diesem Satz liegt!

Würde man heute hergehen und wahllos, sagen wir 1000 Menschen direkt von der Strasse in einen großen Saal bitten, dann wären diese 1.000:

Zu einem Teil frustrierte Raucher die jetzt gerade nicht rauchen dürfen (kleiner Scherz am Rande) aber vor allem hätten wir eines in diesem Saal!

1.000 wirkliche(!) Experten auf den unterschiedlichsten Gebieten des Lebens!

Was wir in unserer heute bekannten „Demokratie“ tun ist, einige wenige, schrecklich Überforderte und im Grunde total Unterqualifizierte mit Aufgaben zu betrauen, für die wir in Österreich mit seinen ca 6.000.000 erwachsenen Einwohnern im Grunde 6.000.000 Experten hätten!

Kann es sich ein Staat, also eine Gemeinschaft, eigentlich leisten auf dieses Potential zu verzichten?

Menschen gehen ein halbes Jahrhundert durch ihr Berufsleben und eigenen sich dabei das Wissen und den Erfahrungsschatz von jeweils einem halben Jahrhundert an. Und was machen wir mit diesem wahren Schatz? Wir schicken ihn in Pension!  
Ins Ausgedinge!  
Verurteilen ihn zum Schweigen!

1 Million Pensionisten = 50 Millionen Jahre Erfahrung!  
Und die haben wir genau hier, in unserer Mitte! Und wir verzichten darauf diesen anzuzapfen!

Aber zurück zu unserem „Saal der 1.000“

Da werden Hausfrauen und alleinerziehende Mütter dabei sein.  
Wer soll deren Probleme besser kennen, als sie selbst?

Da werden Ärzte und Kranke dabei sein;  
Installateure, Tischler, Maurer und Fliesenleger, - und deren Kunden;  
Versicherungsgeber & Versicherungsnehmer  
Anwälte und Klienten;  
Richter und Staatsanwälte;  
Händler und Dienstleister;  
Angestellte und Selbstständige;  
Gebürtige und Zugewanderte;  
Sportler und Faulpelze;  
Köche und Esser;

Väter und Großväter;  
Finanzbeamte und Steuerberater und  
Steuerzahler...  
Und so weiter und so fort.....

Jeder der 1.000 würde in zumindest zwei der  
möglichen Themenkreise wirklich mitreden  
können, wirklich etwas beitragen können,  
wirkliches Fachwissen haben!

DAS ist das Potential, das wir haben!  
DAS ist das Potential, das wir nutzen  
müssen!  
DAS ist das Potential, dem wir eine direkte  
Stimme mit der Möglichkeit zu einer direkten  
Einflussnahme geben müssen!

Aber natürlich ist völlig klar, dass man keine  
Klärung auch nur irgendeines Themas  
erreichen würde, wenn man nun ein Solches  
mitten unter diese im Saal versammelten  
1.000 werfen würde.

Ein paar Alphantiere würden sich des Themas  
bemächtigen und versuchen, sich damit -  
eher lautstark als sachlich - zu profilieren,  
eine große Meute Opportunisten würden sich  
dem jeweiligen Alphantier anschließen von  
dem sie glauben, dass er die größten  
Chancen hat als Sieger aus der „Diskussion“  
hervor zu gehen (womit sie selber in den  
Genuss kämen sich selbst als „Sieger“  
wähnen zu dürfen) und ein mehr oder  
weniger großer Rest würde verschüchtert  
versuchen Desinteresse zu demonstrieren.

Im Grunde wird der „große Saal der 1000“ zu einem kleinen Spiegelbild ganz genau jener Vorgänge welche heutzutage unsere Demokratien auszeichnen und in Folge auch eher lähmen als zu tauglichen Lösungen und Veränderungen zu führen.

Hier daher mein, persönliches, Conclusio aus der Beobachtung dieser ur-menschlichen Verhaltensweise und der Erkenntnis, dass wir zwar Demokratie brauchen, aber gewiss nicht in einer Ausformung, welche unterm Strich kontraproduktiv ist, und sich wie folgt zusammenfassen ließe:

**Demokratie heute bedeutet:**

**Wenige reden, möglichst laut, bei  
Allem mit, auch wenn sie rein gar  
Nichts davon verstehen – dabei  
plappern die Meisten nach, was ihnen  
irgendwie plausibel erscheint,  
während der Rest betroffen schweigt  
und Desinteresse mimt.**

Ich denke, dass es an dieser Stelle auch an der Zeit ist, eine Beobachtung unseres politischen Geschehens zu wiederholen bzw. zu konkretisieren welche ich mit größtem Argwohn und Erschrecken zu sehen glaube:

Politik heute ist gar nicht an einer mündigen, aufgeklärten, denkenden und sich aktiv am politischen Geschehen beteiligenden Bevölkerung interessiert!

Im Gegenteil!

Es ist viel praktischer, einfacher und bequemer jenen Effekt zu nutzen und auszubauen der sich ursprünglich wohl eher zufällig ins politische Gesamtsystem eingeschlichen hat:

.....**die Politik-Verdrossenheit.**

Und in der Tat ist es viel einfacher und bequemer ein unmündiges, ungebildetes, am möglichst kurz gehaltenen Gängelband geführtes, und wegen der offenkundigen Hoffnungslosigkeit ohnehin an allem Politischen desinteressiertes, Volk zu regieren!

Vielleicht hat der eine oder andere Politiker, auf seinem Weg nach oben, irgendwann einmal tatsächlich bedauert, dass er die Massen nicht mehr für seine heroischen Ideen und in der Tat guten Vorsätze mobilisieren kann, hat daher sein Beklagen der „Politik-Verdrossenheit“ wirklich ernst gemeint, - aber spätestens wenn in einer der oberen Etagen angekommen, hat vermutlich noch jeder erkannt, dass diese Politik-Verdrossenheit, eher schon als Politik-Lethargie zu bezeichnen, durchaus eine ganze Menge Vorzüge hat.

Die Medien werden ohnehin im eher großen Stil über die „Presse-Förderung“ geschmiert

und das Wenige an Sauereien, welches bis „zum kleinen Mann“ vordringt und dort für kurzfristige Irritation sorgt, stellt keine Gefahr dar.

Genau die gleiche Polit-Lethargie, welche beim eigenen Aufstieg noch hinderlich war, ist nun ein Garant dafür den gemütlichen Sessel nicht wirklich räumen zu müssen. Von dieser fetten, trägen, satten und gründlich desinteressierten Masse geht keine Gefahr aus.

Unzählige Entscheidungen und neue Gesetze und Verordnungen, allein in Österreich, aus der jüngsten Zeit haben das bewiesen.

Ich hege den Verdacht, dass so Manches scheinbar „Dummes und Haarsträubendes“ immer wieder dazwischen, als Test gewissermaßen, veranstaltet wird, um zu sehen, wie tief die generelle Lähmung schon sitzt.

Wenn ebenso Ungeheuerliches wie (zumindest scheinbar) Unwichtiges eingeführt wird, dann nur weil man es problemlos zurückziehen könnte, sollte der Aufschrei zu laut werden.

So wie der Anästhesist vor der eigentlichen OP das verbliebene Schmerzempfinden des Patienten testet. Kurzer Nadelstich in die Zehenspitze, Beobachtung der Pupillen und anderer allfälliger Körper-Reaktionen.

Bleibt alles ruhig, kann man das große Messer getrost ansetzen!

Ach ja, sicher nur als Randbemerkung:  
Die „Presse-Förderung“ kann man wahrlich  
nur als „Schmiergeld“ der Regierung  
bezeichnen!

Oder kann mir sonst jemand, mit  
verständlichen Worten, plausibel erklären,  
warum Unternehmen, welche ohnehin die  
sattesten Gewinne abwerfen, noch weitere  
Unsummen aus dem Steuertopf zugeschanzt  
bekommen?

Welchen Sinn soll das haben, außer die Macht  
der Presse zu paralysieren?

Das einzige was einem Politiker heute  
gefährlich werden könnte, wäre eine Presse  
die zum Kampf aufruft.

Nur die Presse schafft etwas, was heute  
keinem Politiker mehr gelingt: Sie kann die  
Massen mobilisieren.

Das einzige was die Presse noch „geiler“ findet  
als die Macht die sie hat, ist Geld. Also  
schaufelt man Geld in ihre Richtung, damit sie  
auf das Ausüben der Macht verzichtet. Dieser  
Vorgang wird unter einem ziemlich  
unverfänglich klingenden Begriff  
zusammengefasst und völlig unverhohlen  
praktiziert:  
Presseförderung.

Ich werde hier auch gleich den Beweis  
antreten, dass mein Konzept nicht die  
geringste Chance hat, in die Tat umgesetzt zu  
werden.

Nicht weil es schlecht wäre, auch nicht weil es  
undurchführbar oder keine echte  
Bereicherung der politischen Landschaft wäre,  
- aber weil ich hier und jetzt schon erkläre,

dass eine Fortführung der „Presse-Förderung“ nach meinem Konzept ein sofortiges und abruptes Ende finden müsste!

Presseförderung? Ja! An Medien welche ohne einer solchen nicht überleben könnten, an Medien welche auch deswegen finanziell schlecht da stehen, weil sie eine besonders kritische oder kontroverielle Position vertreten. Solche Medien müssen gefördert werden, weil sie ein wichtiger Bestandteil sind um die Meinungsvielfalt zu bewahren.

So wie es Aufgabe des Staates, also der Gemeinschaft seiner Bewohner, wäre, jeden Moloch zu zerstückeln welcher die Gefahr in sich birgt ein „Staat im Staat“ zu werden, sich der allgemeinen Gesetze und Verpflichtungen ebenso zu entziehen, wie der gemeinschaftlichen Verantwortung für einander. Stichworte wie Bankenfusionen fallen mir ein, Supermarktketten welche bald schon die gesamte Lebensmittelversorgung der Bevölkerung kontrollieren, Telekommunikations- und andere Monopolbetriebe welche sich der Legislative bedienen, um sich Konkurrenz vom Leib zu halten. Konkurrenz welche jedem einzelnen Bürger zu Gute kommen würde. etc.;

Aber das geht hier leider zu sehr ins Detail.

Begleiten Sie mich doch bitte zurück in meinen „Saal der 1.000“.

Was dabei herauskommt, wenn alle gleichzeitig zu reden anfangen dürfen haben wir besprochen und ich glaube nicht, dass irgendwer der Meinung sein könnte, dass jenes Szenario, welches ich für so eine Situation

skizziert habe, nicht wahrscheinlich wäre. Trotzdem bleibt der Fakt erhalten, dass wir genau dort das wirklich wertvolle Potential in einem Staat haben. Mit dem schönen „neudeutschen“ Wort „Human Resources“ umschrieben.

**Das Wichtigste in einem Unternehmen sind die Menschen die für es arbeiten.**

**Das Wichtigste für einen Staat sind die Menschen die in ihm leben.**

Unternehmen haben das längst erkannt, der Staat aber nicht?  
Oder will der Staat dieses Faktum am Ende gar nicht erkennen?

Gehen wir soweit d'accord?  
Also wie kann man dieses schlummernde Potential in einem gänzlich neuen politischen System wecken und zum Wohle Aller nutzen und gleichzeitig eine Neuauflage eines, sich selbst paralysierenden, Chaos vermeiden?

Durch (m)einen „basis-demokratischen“ System- Staat.

Wenn wir nämlich zunächst einmal jeden einzelnen dieser „hypothetischen 1.000“

befragen, werden wir sehr schnell feststellen, dass jeder davon, in mindest einem, oft sehr speziellen und spezifischen, Gebiet, wirkliches Fachwissen und Praxis zu bieten hat und in einem weiteren ein hohes Maß an Interesse oder zumindest Betroffenheit mitbringt.

Eh Voila!

Würde man nun hergehen und diese „1.000“ in Gruppen einteilen, und zwar jeweils in eine „Pflicht“-/ bzw. „Fachgruppe“ und eine „Wahlgruppe“ dann würden sich auf jeden Fall schon weniger als 500 „2-er Gruppen“ ergeben.

Und zwar ganz unabhängig davon ob man die Teilnehmer nun bitten würde sich in „Fachgruppen“ oder in ihren „Wahlgruppen“ zusammen zu stellen.

Um das näher zu erläutern:  
Fachgruppen wären z.B. für:  
„Kleingewerbe-Betriebe“ oder  
„Medizin, Ärzte- & Gesundheitsvorsorge“,  
„Justiz“, „Handel“, „Bildung“ etc.....

Diese Fachgruppen entsprächen im Großen und Ganzen unseren derzeitigen Ministerien.

Natürlich könnte man jetzt sagen: „Gibt es doch schon Alles!“ Es gibt „Kammern“ und „Innungen“ und „Interessensverbände“. Sie alle haben jetzt schon mehr oder minder politisches Gewicht.

Die logische Entgegnung wäre:

„Ja, aber: 1.) Ist eine Teilnahme an diesen Organisationen entweder nur lästige Pflicht und beschränkt sich in den meisten Fällen auf das Abschöpfen von als unverschämt empfundenen und in dubiosen Säckeln versickernden Mitgliedsbeiträgen, was für deren Akzeptanz nun wahrlich nicht förderlich sein kann, und 2.) haben es selbst die klassischen „Gschaftlhuber“ schwer in diesen Moloch Positionen zu erreichen wo sie das Gefühl haben könnten, tatsächlichen Einfluss auf die politischen Entwicklungen zu nehmen und 3.) selbst die standhaftesten Mitwirkenden scheitern daran, dass sie ihre Vorgangsweisen und Zielsetzungen alle 4 Jahre (unserer derzeitigen „Legislatur-Periode“) neu justieren und dem neuen politischen Fahenschwingen anpassen und an dieses nachjustieren müssen und 4.) Sind diese Vereinigungen auch sehr Partei-Politisch durchwoben. Ein Kaufmann, der sich einer sehr starken sozialen Verantwortung bewusst ist, wird sich beispielsweise kaum einen Platz in der christlich-konservativ besetzten Wirtschaftskammer erobern können.

Geschweige denn in einer solchen irgendwelche „sozialen Veränderungen“ initiieren können.

Bei der weiteren Betrachtung dieses Konzeptes bitte in Erinnerung zu behalten, dass es auch die völlige Auflösung aller politischen Parteien fordert!

Um am Obigen anzuknüpfen:

Wahlgruppen könnten z.B.: „Umwelt“ sein oder „Familie“ oder auch „Rauchverbote“!

Das heißt, es kann als Wahlgruppe entweder eine Fachgruppe gewählt werden, an welcher der Einzelne, aus welchem Grund auch immer, ein großes Interesse hat, oder es kann eine gerade aktuelle Wahlgruppe ausgesucht werden, die sich vielleicht sogar nach der Erledigung der anstehenden Frage wieder auflöst.

Fachgruppen treffen sich zweimal im Monat jeweils in den ungeraden Wochen (z.B.: 1. & 3. Woche im Monat) und spezielle / aktuelle Wahlgruppen in den geraden Wochen (z.B. 2. & 4. Woche eines Monats).

Auf diese Weise gibt es einmal die Woche ein Zusammentreffen von spezialisierten Fachleuten und höchst interessierten Laien zu jedem einzelnen Thema, welches die Gesellschaft betrifft.

Die Vorstellung dieses Konzeptes kann nicht zur Aufgabe haben, Detail-Fragen zur Handhabung und Durchführung zu klären, denn ich bin auch überzeugt, dass sich dabei keine Herausforderung aufwerfen würde, die mit gutem Willen unlösbar wäre.

Ein Abend in der Woche, ein Abend von 7 die jedem von uns zur Verfügung stehen! Wer würde diesen nicht gerne einer, tatsächlich Früchte tragenden, Arbeit widmen? Einer Arbeit für das eigene Wohl, jenes seiner Kinder, jenes das die Zukunft Aller betrifft?

Noch einmal: Das Ganze völlig frei von irgend- welchen parteipolitischen Seilschaften, einfach weil es keine Parteien mehr gibt!

Natürlich würden vermutlich zu Anfang die gleichen Freunde und Interessierten zusammenhalten und „packeln“ wie zu noch parteipolitischen Zeiten, aber nachdem es keine Partei mehr gibt in welcher man sich den ultimativen Rückhalt suchen kann, wird sich das schnell aufhören, wenn der ganze Rückhalt den man finden kann in der heiß diskutierenden aber ebenso entschlossenen Gemeinschaft der Gruppe zu finden ist.

Dazu könnte es ein Zentralregister aller Gruppen geben und deren Mitglieder.

Wenn also ein Einzelner zu einem Thema ein besonderes Anliegen hat, kann er in diesem Register nachsehen ob es dort einen Bekannten oder gar Verwandten gibt dem er sein Anliegen vortragen kann und der es in der Fachgruppe einbringt oder er geht einfach als Gastbesucher zu einem Treffen der spezifischen Gruppe und trägt dort sein Anliegen vor.

Diese Gruppen würden, im ersten Schritt, auf sehr lokalem Gebiet etabliert werden, um eine möglichst flächendeckende Abdeckung aller Gesamtinteressen zu gewährleisten.

Die Parameter welche dafür benötigt werden sind ja im Grunde schon vorhanden. Denken wir z.B. an die Gerichtsbarkeit. Das gibt es Bezirksgerichte, welche nach Bezirken aufgeteilt sind.

In extrem dünn besiedeltem Gebiet wird das Einzugsgebiet naturgemäß größer sein als in einer Großstadt, aber schon die Einteilung in politische und Gerichts-Bezirke hat darauf Rücksicht genommen, dass alle wesentlichen Einrichtungen für jedermann erreichbar sind.

Ich denke an eine Regelung in welcher die Teilnahme an zwei Gruppen, für jeden Erwachsenen im wahlberechtigten Alter, verpflichtend sind. Gleichzeitig aber auch für die Jugend als Beobachter offen stehen.

Bei besonderen Themenbereichen könnte man eigene Gruppen auch für, nach derzeitigem Recht noch nicht wahlberechtigte Jugendliche geschaffen werden.

Zum Einen werden die Heranwachsenden dadurch für ihre Mitarbeit an den Gruppen herangezogen, lernen nachzudenken, sich an einem demokratischen Prozess zu beteiligen, mit Meinungen umzugehen welche ihren eigenen entgegenlaufen, eigenständig zu denken und Verantwortung zu übernehmen, etc.

Allerdings sollte auch sichergestellt werden, dass Niemand an mehr als 2 Gruppen als festes Mitglied teilnehmen darf.

Ausnahme-Regelungen könnten bei Gruppen für gerade anstehende gesellschafts-politische Themen gebildet werden, gemacht werden, welche sich nach Beschluss für diesen Bereich gültiger Gesetze wieder auflösen.

Wir haben derzeit in Österreich 141 Bezirksgerichte.

Vielleicht wird es manche Themenbereiche geben, zu welchen man mehr als eine gleiche Anzahl an Lokalen Gruppen braucht, aber im Großen und Ganzen wird man sicher mit einer korrespondierenden Anzahl an Ortsgruppen auskommen.

Auch für die nächsthöhere Stufe haben wir bereits eine vorhandene Unterteilung.  
Die Bundesländer.

9 Bundesländer gibt es in Österreich und für jede Gruppe die es an der Basis gibt, sollte von diesen, z.B, in einer zusätzlichen Unterteilung in Kreise oder Sprengel, je ein (Fach-) Senator in den Fachsenat des jeweiligen Bundeslandes entsandt werden.

Aus jedem Fachsenat jedes Bundeslandes wird dann ein Hauptsenator pro Bundesland in den „Weisenrat“ auf Bundesebene entsandt.

Das Resultat sind „9 Weise“ welche dem jeweiligen Minister auf Regierungsebene als Berater zur Verfügung stehen. (Zum Thema „Minister“ gleich noch mehr)

Die Vorteile eines solchen Systems liegen auf der Hand.

a) Anliegen der Bevölkerung können blitzschnell auf ihre Bedeutung für das Allgemeinwohl und/oder auf rein lokale Bedeutung hin abgewogen werden.

- b) Anliegen der Bevölkerung welche von nationaler Bedeutung sind, können mit einem Höchstmaß an fachlichem und praxisorientierten Input über nur 3 Zwischenschritte an die zuständigen „Minister“ herangetragen werden.
- c) In gleichem Tempo können Fragen und Vorschläge aus Minister-Ebene nicht nur zur tatsächlich betroffenen Bevölkerung durchgereicht werden und von dieser, versehen mit entsprechenden Wünschen oder Kommentaren, wieder „nach oben“ gelangen.
- d) Die besonders aktive Mitarbeit des größten Wissens- & Erfahrungspotentials welches in der Bevölkerung schlummert, jenem der Senioren, könnte gefördert und genutzt werden.  
Die „Alten“ wären nicht länger „ausrangierter Gesellschafts-Schrott“ sondern großartige Botschafter von Themen von denen keiner mehr versteht, als sie selbst!
- e) Die Jugend würde an „ur-demokratische“ Entscheidungsprozesse herangeführt werden.
- f) Das Partei-Soldatentum würde sich erledigt haben. Entschieden kann nach den besten Vorschlägen der besten Köpfe werden.
- g) Soweit die Themen und Fragen Landespolitisches oder Besonderheiten auf

Landes-Ebene betreffen, wäre die Klärung und sachliche Bearbeitung in überhaupt nur 2 Schritten möglich. (Dann bleibt die Entscheidung beim Fachsenat des jeweiligen Bundeslandes!)

h) Jene die es betrifft haben ein tatsächliches und wirkliches Mitsprache-Recht.

i) Die Gründe für Entscheidungen, welche allenfalls unbequem und unerfreulich aber einfach notwendig sind, könnten auf schnellstem Weg zur „Basis“ durchgereicht werden und auch dort erklärt werden. So kann die Gesamtbevölkerung blitzschnell informiert werden.

j) Ein wesentlicher Punkt zum Schluss; Wir leben in einer Gesellschaft wo trotz der vielen, oft auf engstem Raum zusammenlebenden Menschen eine großflächige Vereinsamung stattfindet. Dieses System würde auch die soziale Interaktion wieder fördern. Menschen kommen zusammen, und das bei Themen wo sie von vornherein verbindendes, Interesse mitbringen.

Das Ergebnis ist eine dynamische, hierarchische, absolut basisdemokratische, Entscheidungs-Pyramide.

Ganz oben:	9 Weisenräte
Darunter:	1 Senator (pro Bezirk)
in durchschnittlich	
141 Bezirken (141 /: 9)	
=	16 Senatoren (Pro Bundesland)
Das Fundament:	141 Fachgruppen

Erübrigen würden sich dabei fast im Vorbeigehen die Unzahl bezahlter „Parlamentarier“

Die Frage der Finanzierung eines solchen Systems ist auch leicht gelöst.

Die Gruppen finanzieren sich selbst!

Keiner wird ein Problem damit haben seinen kleinen Anteil an den notwendigen Auslagen „seiner“ Fachgruppe zu tragen.

Vor allem dann nicht wenn es massive Steuererleichterungen gegeben hat, da der Staat nicht mehr den ganzen Wasserkopf finanzieren muss den er „Jahr ein - Jahr aus“ herumschleppt, wenn der Einzelne sieht, dass seine Mitgliedschaft in der Gruppe tatsächlich etwas bewegen kann und er dann noch seinen „Mitgliedsbeitrag“ von seiner eigenen Steuerzahlung absetzen kann.

Die meisten politischen Funktionäre wird man mit der Abschaffung der Parteien schon entfernt haben.

Gibt es keine Parteien mehr, die ihre braven Parteisoldaten mit irgendwelchen, oft genug künstlich geschaffenen, Jobs versorgen müssen, dann gibt es diese „Kostenstellen“ auch nicht mehr, und der Staat wird sehr viel

Geld einsparen können.

Die Bezeichnung: „Parteipolitischer Wasserkopf“ ist sicher keine sehr weit am Ziel vorbeischießende. Ich weiß nicht welchen Anteil die Position „Gehälter“ von „Staatsdienern“ in unserem Budget ausmacht, aber ich könnte mir gut vorstellen, dass man nur durch Streichung der ganzen unnötigen Ausgaben so viel Geld frei machen könnte um nicht nur die Ausbildung der Jungen, die medizinische Versorgung aller und die adäquate Absicherung der Alten finanzieren zu können und dann trotzdem noch empfindliche Steuererleichterungen an die Bevölkerung durchreichen kann!

Wobei, und das muss an dieser Stelle schon gesagt werden, ich mit diesem „Wasserkopf“ nicht die vielen (teilweise viel zu Wenigen!) hart arbeitenden Menschen im Staatsdienst meine.

Geht man heute zu einer Meldebehörde oder zum Passamt (um wirklich nur einige Wenige zu nennen) dann stehen dort nicht nur draußen Bürger Schlange (und vernichten wertvolle Zeit die produktiv in ihren Jobs verbracht werden könnte!) sondern man wird auch Beamte antreffen, welche bis über beide Ohren in stressiger Arbeit fest stecken.

Nein! Ich rede nicht von diesen Menschen, sondern von den ganzen Günstlingen, „Höflingen“, Schmarotzern welche als „Dank für der Partei erwiesene Dienste“ auf top-

dotierten Posten sitzen welche nicht selten überhaupt erst für diesen Zweck erfunden wurden.

Wir reden so gern von einer leistungsorientierten Gesellschaft, „bestrafen“ dann aber nicht nur Jene welche bereit und Willens sind zu leisten, sondern verpulvern auch noch Volksvermögen.

Volksvermögen, wohlgemerkt, denn in der Tat gehört jeder Euro der in Österreich von der Regierung und sonstigem parteinahem Filz verschleudert wird, dem Volk! Jene sind es die ein Anrecht darauf haben, dass dieses Geld FÜR Sie verwendet wird, haben sie es doch auch in die Kasse der Allgemeinheit einbezahlt!

Mir ist schon klar, dass es jetzt sehr viele Stimmen geben wird, die behaupten, das ganze wäre ein gordischer Knoten, und sehr, sehr kompliziert und dass ich mir das leichter vorstelle als es ist.

Nun wie wäre es, wenn wir alle zusammen „Alexander der Große“ spielen und den gordischen Knoten einfach mitten entzwei schlagen? Und wenn der Rest „sehr, sehr kompliziert“ ist, dann ist das ein guter Grund es rasch und konzentriert anzugehen aber nicht ein Grund um vor der Aufgabe zu knifeln!

Wenn wir mit dem Senats-System, der Einbindung von direkten Fachgruppen und Wahlgruppen die Demokratie wieder dorthin

befördert haben wo sie hingehört, zum Volk, zur Basis nämlich, dann bleiben noch eine ganze Menge Fragen offen.

Da wäre zunächst einmal die Frage wie man komplexe politische Themen abhandeln kann, denen die, der „Volks-Seele“ eigene, Emotionalität eher nicht zuträglich wäre?

Ein Beispiel, das derzeit die Wogen gerade steigen lässt, ist der EU-Reform Vertrag.

Ich will auch hier nicht im Detail auf meine Gedanken zu diesem Vertragswerk eingehen. Dazu kenne ich es auch zu wenig.

Was aber sicher nicht angehen kann, ist, dass man dem Volk etwas unter einem neuerlichen Mäntelchen unterjubelt, was es instinktiv schon abgelehnt hat, als es noch „EU-Verfassung“ genannt wurde.

Mag sein, dass dieses Ding sogar gut für uns, für die Gemeinschaft Europa, ist – aber es ist nicht tragbar, wenn einzelne Politiker noch nicht einmal etwas befremdliches daran finden, wenn sie erklären, dass man das Volk gar nicht dazu befragen kann, weil es ohnehin, *expressis verbis(!)* „zu dumm“ ist um die Komplexität zu verstehen.

Wenn dem so ist, dann gehöre ich scheinbar auch zu diesen Dummen, aber dann ersuche ich doch bitte, dass man die Freundlichkeit hat es mir so lange und so detailliert zu erklären BIS ich es verstehe und mir eine fundierte Meinung darüber bilden kann, ob das nun eine gute oder schlechte Sache ist.

Nicht von Ungefähr stehen Politiker in unserem heutigen System in dem Ruf alles andere, als außer jeden Zweifels befindliche und über jeden Verdacht erhabene zu 100% integre und unbestechliche Personen zu sein.

Wer mit diesem schlechten Ruf herumläuft, muss sich eben doppelt plagen um davon zu überzeugen, dass er aufrecht und ehrlich und in jenem besten Interesse arbeitet das wir uns von ihm erwarten können.

Das Volk auf der einen Seite gezielt in die frustrierte Verblödung zu treiben um dann andererseits zu sagen: „Ihr seid ohnehin zu dumm um das zu verstehen“ ist einfach untragbar!

Und das ist auch meine Antwort auf die Frage wie mit komplexen politischen Themen umgegangen werden soll: Mit Information! Mit klaren verständlichen und präzisen Aussagen und einem unermüdlichen Bemühen das Volk zu bilden(!) statt mit jedem Schritt darauf abzielen es zu verblöden! Es immer unmündiger zu machen, mit immer mehr und immer neuen Vorschriften.

Schluss mit diesem Schilderwald an Verboten, Geboten und Vorschriften!

Arbeiten wir doch gemeinsam intensiv daran als verantwortungsbewusste und denkende Bürger für einander und rücksichtsvoll zu leben!

Und wenn wir nur die Hälfte dieser wahnwitzigen Schilder wieder abmontieren können, vielleicht gibt das dann auch wieder den Blick auf die vielfältige und abwechslungsreiche Landschaft des Lebens frei?!

Immer nur neue Gebote und Verbote fordern die Menschen doch geradezu heraus sich Wege zu überlegen wie sie diese umgehen können! Welch unglaubliche Verschwendung an kreativer Kraft! Einer Kraft die schließlich auch „Volksvermögen“ ist – siehe: „Human Resources“!

**Wir brauchen keine entmündigten Bürger, die passiv, lethargisch all ihre Qualitäten verkommen lassen, weil es scheinbar ohnehin keinen Bedarf dafür gibt!**

**Wir brauchen mündige Bürger, die sich der Verantwortung füreinander stellen und diese auch tragen!**

Denkende, verantwortungsbewusste Bürger, die ihre Qualitäten erkennen und einsetzen können!

Wir brauchen Menschen, die sich morgens wieder stolz in den Spiegel schauen können um etwas von sich sagen zu können was unsere Eltern noch konnten bevor wir es zugelassen haben, dass unsere Demokratie in einem Konsumwahn und wirtschaftlicher Abhängigkeit verkommt: *„Ich leiste etwas und ich bin ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft!“*

Na? Ist das nicht ein erstrebenswertes Ziel?

Dabei ist auch klar, dass man dies selbst mit der Umstellung auf „(m)ein System“ nicht erreichen wird.

Man kann nicht ein Volk jahrzehntelang niederknüppeln und entmündigen und dann erwarten, dass es morgen aufsteht und Verantwortung für sich selbst übernimmt und auch lernt einzusehen, wenn es auf eigene Interessen hier und da zugunsten eines allgemeineren Interesses oder der genutzten Freiheit zu Entscheiden von ihren Mitmenschen verzichten muss.

Wieder das im Grunde gute System von Geben und Nehmen zu erlernen.

Das sind doch erstrebenswerte Ziele, für die es sich lohnt sich anzustrengen, auch und gerade, wenn es am Anfang Rückschläge geben wird.

Trotzdem soll die Wahlmöglichkeit, also im Sinne der „alten“ Demokratie, nicht völlig aufgehoben werden.

Bloß eben außerhalb irgend einer politischen Parteienlandschaft und, ähnlich wie schon bisher, durchaus auch für längere Perioden als bloß eine oder maximal zwei Legislatur-Perioden!

In Wien, zB. leistet ein Bürgermeister Häupl, seit vielen Jahren exzellente Arbeit!

Um wie viel mehr Zustimmung könnte er haben, wenn nicht so mancher Wähler es einfach nicht übers Herz bringt „einen Roten“ zu wählen?

Soweit es Österreich betrifft würde ich es begrüßen, wenn man an dem System der Direktwahl für Bürgermeister, Landeshauptleute und des Bundespräsidenten festhält.

Wobei wir gleichzeitig den Bundeskanzler abschaffen könnten. Ist ja auch ein ziemlicher Unsinn in einem Staat gleich zwei Staatschefs zu haben. Einen der den politischen Capo darstellt und einen der, monarchengleich, die Republik vertritt aber im Grunde kein Mitspracherecht hat.

Meine Lösung dafür:

Weg mit dem Bundeskanzler (zumal dies ohnehin ein ganz eindeutig Partei-Gebundenes Amt ist und wir das alte Parteien- System auf den Mist werfen sollten) und dafür eine nachhaltige Stärkung der Position des Bundespräsidenten.

Der Bundespräsident hingegen sollte aus einer Wahl des Volkes hervorgehen und es auch so lange bleiben bis er selbst nicht mehr will, oder das Volk ihn nicht weiter im Amt bestätigt.

So lange er seine Sache gut und umsichtig macht, gibt es doch wahrlich keinen Grund ihn alle paar Jahre der Gefahr auszusetzen seinen Job zu verlieren?

Unser derzeitiger Bundespräsident (Fischer) ist so ein ausgezeichnetes Beispiel.

Da hat das Volk (also ist es ja offensichtlich doch nicht so dumm!) einen Mann auf das höchste Amt im Staat gehoben, der sich einen breiten Ruf der Integrität und Loyalität und Volksnähe erworben hat.

In vielen harten Jahren der politischen Tätigkeit. Und was ist dann passiert? Nun sitzt er auf einem Posten und wir alle müssen wieder einmal feststellen, dass die Inhabung dieses Postens mit einer fast totalen Fesselung und Knebelung des Betreffenden verbunden ist.

Es macht fast den Eindruck als wäre der Job des Bundespräsidenten ein allerletztes Zuckerl, auf das man einen hin wegloben kann damit er mit seiner Intelligenz und Geradlinigkeit den fiesen Machenschaften der Haie im Parlament nicht mehr in die Quere kommt.

Ich jedenfalls sehe den Bundespräsidenten mit einer Fülle von Kompetenzen, Rechten und Vollmachten ausgestattet und vor allem als das tatsächlich höchste Amt im Staat.

Auf Gemeinde-Ebene hätten wir den Bürgermeister.

Das ist der Mann, welcher aus der Mitte der Gemeindemitglieder gewählt, gebeten wird, die Koordinations-Stelle zu sein. Jener Punkt wo eben auf Gemeinde-Ebene alle Fäden zusammenlaufen.

Den Gemeinderat, aufwendige Wahlkämpfe und Parteien Hick-Hack kann man sich sparen. Immerhin hätten die Gemeinden, zumindest auf Bezirks-Ebene ohnehin ihre Gruppen, politisch aktive Gruppen welche aus ihrer Mitte einfach ein oder zwei Kandidaten nominieren können die sich bereit erklären dieses Amt auszufüllen.

Für ihre Verwaltungsarbeit steht diesen Bürgermeister\*innen auch wieder das ganze Portfolio der Gruppen zur Verfügung. Gruppen, die sich auf nationaler Ebene mit den in ihre Verantwortlichkeit fallenden Sachfragen beschäftigen, können dies ja wohl auch auf Gemeinde-Ebene tun?!

Vernünftiger Weise wird sich aus diesen Bürgermeister\*innen auch der Landeshauptmann rekrutieren lassen, welcher ebenfalls über eben eine landesweite Wahl der Fachgruppen in sein Amt bestellt wird und dort, eben auf Landesebene den gleichen Job erfüllt wie die Bürgermeister\*innen auf Gemeinde-Ebene.

Die Landeshauptleute bilden dann aber wieder den „Weisenrat der 9“ welcher dem Bundespräsidenten, bei rein politischen Entscheidungen ebenso zur Seite steht, wie der Weisenrat aus Senatoren den einzelnen „Ministern“.

**Bleibe noch die letzte Frage, und das ist jene die „Minister“ betreffende;**

Auch hier zeigt ein schneller Blick auf die Ist-Situation, dass diese völlig unbefriedigend ist. Da ist die parteien-typische Vetternwirtschaft am Gange und es wird um die einzelnen Positionen, gerade bei Koalitionen, gefeilscht wie bei den sprichwörtlichen Ross-Tauschern!

*„Gut, Ihr könnt das Verteidigungsministerium und das Unterrichtsministerium haben, wenn ihr es mit diesen unfähigen*

*Trotteln „ABC“ und „DEF“ besetzt, aber dafür bekommen wir das Finanzministerium für unseren Herrn XYZ.“*

So oder so ähnlich läuft es doch ab!  
Und das soll in unser Aller bestem Interesse sein? Noch dazu wo wir, außer über die Wahl des Bundeskanzlers und/oder einer spezifischen Partei-Doktrin, eigentlich keinerlei Möglichkeit zur direkten Einflussnahme auf die Besetzung dieser Posten haben?  
Dabei wird doch die Politik, welche uns direkt betrifft, von genau Jenen gemacht!

Natürlich gibt es da immer noch das Parlament, das theoretisch über die einzelnen von den Ministern eingebrachten Vorschläge abstimmt, aber da stimmen dann auch Leute ab, die in der Regel

- (a) schon mit ihren eigenen Posten völlig überfordert sind, die
- (b) erst recht kein, das jeweilige Thema betreffendes, Fachwissen haben
- (c) es sich daher meist sparen die Gesetzesvorlagen überhaupt zu studieren,
- (d) auch nicht von uns in diese Ämter bestellt wurden und
- (e) auch ohnehin meist dem Klubzwang unterliegen. Und Klubzwang heißt im Klartext nichts anderes, als, dass die Angehörigen der jeweiligen Parteien so abzustimmen haben wie die Partei das will! Und noch nicht einmal wie es ihr eigenes Wissen oder Gewissen verlangen würde, wenn sie sich mit der Materie auseinandergesetzt hätten.

So kommt es dann, dass in der letzten Parlaments-Sitzung vor Weihnachten noch eine Unzahl neuer Gesetze und Vorschriften durchgepeitscht werden, von denen manche der Abgeordneten sogar freimütig eingestehen, dass sie diese nicht einmal vorher gelesen haben!

Dann kommt bestenfalls noch als Rechtfertigung, dass sich ohnehin „Fachbeiräte“ monatelang vorher mit diesen Themen auseinandergesetzt haben!

Das ist doch eigentlich infam?!

Wozu haben und erhalten wir dann einen ganzen Regierungsapparat, wenn dann ohnehin nur die Beschlüsse von irgendwelchen anonymen „Fachbeiräten“, und dann auch noch, ohne diese zu hinterfragen, umgesetzt werden?

Mir persönlich fällt bei diesem Gedanken nur der Begriff „Amtsmissbrauch“ ein, und der wäre selbst nach unserem derzeit bereits geltenden Recht strafbar!

Diese ganzen Minister mit ihrem Rattenschwanz an Höflingen und Steigbügelhaltern, an Zuträgern und Laufburschen, sind nicht nur ohnehin kein Resultat irgendeines wirklich demokratischen Vorganges, sie sind auch im Grunde genommen eine Aneinanderreihung von riesigen Geldvernichtungsmaschinerien.

Geld wird hier vernichtet, das – und darauf kann nicht oft genug hingewiesen werden - uns allen, dem Volk also, gemeinsam gehört!

Wenn man solche Geschichten hört, wie, dass die Portiers-Loge in einem Amt um € 70.000,- umgebaut wurde, dann kann man sich nur ärgern.

Mit unser aller Geld großkotzig „was kostet die Welt“ zu spielen ist – und schon wieder stolpern wir über bereits geltendes Strafrecht – eigentlich Untreue.

Sind die Parteien weg, sind auch diese Bazar-Tauschgeschäfte des Postenschachers weg und damit der Weg frei zu einer Besetzung dieser Jobs mit den, von mir aus durchaus auch international (!) verfügbaren, allerbesten Köpfen!

Das ist also meine Forderung für die Vergabe von jenen Positionen welche bisher Minister inne hatten. Keine Minister mehr, sondern adäquat entlohnte Top-Manager!

Und auch dabei habe ich ganz bewusst, das Wörtchen „international“ verwendet. Kein Konzern käme auf die Idee, nur die Bürger des Landes als Bewerber für Top-Positionen zuzulassen, in welchem es angesiedelt ist. Konzerne begeben sich auf der ganzen Welt auf die Suche nach den besten Leuten für den Job.

Hier komme ich an den Punkt zurück wo ich sage: Ein Staat ist im Grunde auch nichts anderes als ein Großkonzern.

Er hat Einnahmen, und braucht die besten Manager um nicht nur seiner Verpflichtung nachzukommen Gewinn zu erwirtschaften sondern auch um seinen Konzern-(also Staats!)- internen sozialen Verpflichtungen. Die sozialen

Verpflichtungen eines Staates sind größer und umfassender als jene eines Konzerns, - auf der anderen Seite muss der Staat noch nicht einmal Steuern bezahlen sondern bekommt die bezahlt.

Mir wäre, ganz ehrlich gesagt, ein ehemaliger General aus der Schweiz, einem Land mit einer Armee welche ausschließlich auf die Verteidigung ihrer Hoheitsrechte und Neutralität ausgerichtet ist, als Verteidigungsminister mehr als nur recht.

Nur wäre der dann nicht „Verteidigungsminister“ sondern zB „Generaldirektor für Verteidigung“.

Ich glaube, dass man nicht lange darüber diskutieren muss, dass ein solcher Mann für diesen Posten tausendfach besser geeignet wäre als ein ehemaliger Wehrdienstverweigerer! Aber genau einen solchen haben wir jetzt in Österreich auf diesem Posten sitzen!

Mir wäre auch ein international anerkanntes Finanzgenie, aus London oder New York, als Finanzminister tausendmal lieber, als Alles was wir scheinbar in Österreich selbst, und da wiederum aus den derzeit vertretenen „partei-politischen Kasten“ aufzubieten haben!

Wir brauchen keinen Finanzminister der Gewinn erwirtschaftet, das ist nicht Aufgabe eines Staates, aber einen der ausgeglichen bilanziert! Einen der alle Verschwendung aufdeckt und wegrationalisiert und dafür nicht nur die Steuern senken kann, sondern auch immer noch mehr als Genug Geld hat um keine Frage mehr aufkommen zu lassen, dass die Kernforderungen an einen Staat erfüllt werden können:

- 1.) Ausbildung der Jungen**
- 2.) Kranken- bzw. Gesundenversorgung für Alle;**
- 3.) Würdevolle & adäquate Absicherung des Alters**

Ein „Finanzminister“, pardon: ein „Generaldirektor Sparte Finanzen“ der das schafft, soll von mir aus auch eine Million Euro im Monat verdienen!

Es wäre also auch Aufgabe des Bundespräsidenten, die „Generaldirektoren“ der einzelnen Sparten zu bestellen.

Ihm zur Seite: Die 9 Weisenräte aus den 9 Bundesländern, und die jeweiligen 9 Weisenräte der, das jeweilige Ressort, bzw. Sparte betreffenden, Fachgruppen!

Kein heimlicher Postenschacher mehr, sondern eine internationale öffentliche Ausschreibung. Head-Hunter die ihre Möglichkeiten und Kontakte für die Regierung und das wirkliche Volk einsetzen um den eben besten Mann für einen bestimmten Job und eine bestimmte Sparte zu finden.

Diese Sparten-Direktoren hätten selbstverständlich auch keine parlamentarische Immunität.

Also wenn einer von denen säuft und dadurch beispielsweise einen schweren Verkehrsunfall verursacht, dann soll der, genauso wie jeder andere Bürger auch, vor dem Richter Rechenschaft ablegen!

Allerdings sollte es ein auch „vorausblickendes Gnadenrecht“ für den Bundespräsidenten geben. Dadurch soll verhindert werden, dass Personen oder Personengruppen, welche die Arbeit eines Spartendirektors sabotieren wollen, diesen mit Klagen und Anschuldigungen überhäufen dürfen um ihn so von seiner Arbeit abzulenken.

Denkbar wäre zum Beispiel auch eine „Aufhebung der Verjährungsfristen“ für Spartendirektoren, nach Beschluss des Bundespräsidenten.

Häufen sich die Klagsanträge gegen einen bestimmten Spartendirektor beim Bundespräsidenten, während die Arbeit welche der Spartendirektor leistet keinerlei Anlass zur Besorgnis gibt, könnte der Bundespräsident die Abhandlung alle Klagen auf einen Zeitpunkt verweisen welcher nach Ende der Tätigkeit des Spartendirektors für den Staat liegt.

Klagen, welche nur eingebracht wurden um den Spartendirektor psychisch zu belasten und von seiner Arbeit abzuhalten, würden sich dadurch von selbst erledigen. (Wer soll schon ein Interesse haben einen Spartendirektor auch dann noch in die Pfanne hauen zu wollen, wenn dieser gar nicht mehr Spartendirektor ist – und wenn, dann allenfalls aus Rache und das müsste ein, halbwegs korrekt arbeitender Richter schnell durchschauen können.)

In Summe geht es mir um eine drastische Vereinfachung der Politik (und damit der Verwaltung unseres Staates) auf der einen Seite, und ein direkteres Mitspracherecht und Einflussmöglichkeit für den Einzelnen auf der anderen Seite.

Tatsache ist doch, dass heute kaum einer von uns (wenn überhaupt!) die komplexen und verästelten Strukturen mit welchen wir „regiert werden“ durchschauen kann. Es hat fast den Eindruck als wären viele dieser Beiräte und Gremien, Interessensvertretungen und Sub-Vertretungen, Aufsichts- und Kontrollbehörden, Verwaltungs- und Verwertungseinrichtungen und wie diese ganzen Gruppen und Grüppchen sonst noch heißen mögen, teilweise nur zu dem Zweck geschaffen worden, damit man den sprichwörtlichen Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen kann.

**Weg mit dem ganzen Ballast!  
Stellen wir den Staat auf drei einfache,  
transparente und solide Standbeine:**

- 1.) Das, sich aus **Fach- & Wahlgruppen** rekrutierende, **Senats-System**
- 2.) Das minimalisierte System der Demokratisch per Direktwahl **gewählten Politiker**
- 3.) **Die Topmanager**, aka „Sparten-Direktoren“.

Dazu noch:

- 4.) **Die Abschaffung** dieser Klüngel- & Seilschaften bildenden **politischen Parteien**
- 5.) **Volle Konzentration auf Bildung, Krankenversorgung und Altersabsicherung**
- 6.) **Bedingungsloser Kampf der Armut und Arbeitslosigkeit.**
- 7.) **Eine völlige Lösung der Justiz von JEDER Einflussnahme durch den Staat.**

Als letzter Punkt in der Liste meiner Überlegungen und Forderungen, der wohl am Schwersten durchsetzbare:

=> **Zurückdrängen der Mega-Konzerne samt ihrer massiven Einflussnahme auf politische Entscheidungen!**

Im Grunde könnte man die Hoffnung haben, dass mit der Auflösung der politischen Parteien auch dieses Problem wegfallen wird!

Denn nur in dem undurchdringlichen Filz der Parteien können diese Konzerne ihre Lobbyisten verstecken, und nur in der Hierarchie der Parteien können Sie ihren Einfluss geltend machen.

Ohne aufzufallen, kann man nur viele, eher kleine, Schlüsselpositionen schmieren und gefügig machen, die dann ihrerseits wieder entsprechenden Druck auf den Kopf ganz oben ausüben können.

Kein Konzernchef käme auf die Idee dem Minister einen größeren Betrag zu überweisen.

Das würde so schnell auffliegen, dass vermutlich die Gutschrift noch gar nicht am Konto wäre. Das ganze System der Schmiergeldzahlung funktioniert nach einem „Fächer“-Prinzip, nicht nach dem „Vorschlaghammer auf den Nagelkopf“-Prinzip.

Nach meinem System gäbe es den ganzen Filz, die ganzen, mehr oder weniger, auf Entscheidungsprozesse Einfluss nehmenden Positionen schlicht nicht mehr. Einen Senator

zu schmieren wäre mindest ebenso unwegsam wie nur einen Minister zu schmieren. Aber unter dem Senator kommen eigentlich bereits alle Fachgruppen! Um da noch Einfluss geltend zu machen müssten hunderte, - ja tausende Einzelpersonen kontaktiert, ausgelotet und unauffällig mit „Zuwendungen“ bedacht werden. Ganz abgesehen von dem dafür erforderlichen Zeitaufwand würde wohl der dann erforderliche finanzielle Aufwand dem angestrebten Ziel im Wege stehen.

Nur um gleich im Vorfeld einen Vorwurf zu entkräften der an dieser Stelle hämische Anwendung finden könnte: „Nein! Ich bin kein Kommunist! Ich bin nicht für irgendwelche Gleichmacherei. Jeder der bereit ist mehr als die Anderen zu leisten, mehr als die anderen zu riskieren, sich mehr als Andere einzusetzen, soll auch die Chance haben, mehr als Andere zu verdienen.“ Es darf nur nicht auf Kosten und zum Nachteil der Allgemeinheit sein!  
Aber ich werde zu diesem spezifischen Bereich in einem späteren Kapitel noch mehr sagen.

Was mir aber wichtig ist, das ist die nochmalige Betonung, dass ich der felsenfesten Überzeugung bin, dass:

**Eine Gesellschaft welche nicht unablässig bestrebt ist das soziale Gefälle in Ihrem Inneren möglichst gering zu halten, verdient die Bezeichnung „Gesellschaft“ eigentlich nicht.**

Politische Parteien unterliegen der Notwendigkeit möglichst viele Menschen möglichst positiv zu beeinflussen, damit diese im Gegenzug der betreffenden politischen Partei bei der nächsten Wahl ihre Stimme gibt.

Dieses Ziel wird vor Allem von jenen die Gerade an der Macht sind mit einem, ans abstruse grenzenden Verteilen von Geldmitteln betrieben, und da kommt dann auch noch einmal mein empörter Aufschrei zum tragen, dass das Geld das dabei mit eher großzügigem Händchen verteilt wird, eigentlich Volksvermögen ist. Geld, das also UNS gehört und nicht Jenen welche damit, mehr oder weniger unverholen, auf Stimmeneinkauf gehen!

Hand hoch wem es nicht so wie mir geht, dass ihm nach den gelegentlichen Randnotizen der Presse, wenn er sie überhaupt mal liest, geradezu der Hut hochgeht wenn man wieder mal erfährt dass irgend ein „Künstler“ eine Förderung von ein paar zig-tausend bekommen hat, während auf der Titelseite ein Politiker mit treuherzigem Gesichtsausdruck versichert, dass zu seinem „allergrößten Bedauern“ so wenig Geld da ist, dass man wieder einmal die Leistungen der Kranken- oder Pensionskassen kürzen muss.

Kann schon sein, dass die „paar -zig Tausend“ von denen man gerade gelesen hat, das Kraut im großen Topf „nicht fett machen“ würden, aber, wie viele solcher

„Zuwendungen“ schaffen es erst gar nicht bis zu einer Randnotiz in der Presse?

Wer von uns käme auch nur auf die Idee sich, selbst ein „billiges, Gemälde“ zu kaufen, wenn er gleichzeitig nicht weiß wie er am Ersten die Miete bezahlen soll?

Zuerst müssen die essenziellen Kosten des Lebens bezahlt sein, dann kann man sich (vielleicht) irgendwelchen Luxus leisten.

Natürlich ist die Greenfee für einmal Golf spielen gehen, nicht genug, um meine Miete damit zu bezahlen, aber trotzdem werde ich nicht auf die Idee kommen auf den Golfplatz zu fahren, solange ich nicht sicher bin die Miete und anderes Wesentliches, das nun mal eine höheren Priorität hat, bezahlen zu können.

Das ist so simpel, so einfach, dass es Jedem von uns einleuchtet. Das ist so logisch, dass es keiner von uns in Frage stellen würde, und trotzdem glauben die Politiker, dass diese Grundregeln für sie nicht gelten?

Viele der Systeme, welche bei uns noch immer in Kraft sind, stammen aus der Zeit der Feudalsysteme. Für uns heute ist es großartig, dass sich damals die Fürsten mit dem Geld das sie dem Volk aus der Tasche gezogen haben, Kunst und Kultur geschaffen und erhalten haben;

Das bedeutet aber nicht, dass wir es heute auch noch so machen müssen! Heute gibt es ganz andere Möglichkeiten und selbst das Kunst- & Kulturinteressierte Volk kann diese Mechanismen erhalten, wenn es will und wenn es nicht will, dann eben zum Teufel damit!

Wenn einer unbedingt literweise Blut auf riesigen Leinwänden verschütten will, dann habe ich da gar Nichts dagegen, aber die Förderung dieser Kunst kann niemals auf Kosten der Sicherung der Grundansprüche des Volkes erfolgen.

Wenn alle satt sind, Bildung und ein Dach über dem Kopf, Arbeit und keine Angst vor dem Alter haben, und dann bleibt genug über um von staatlicher Hand auch „Randerscheinungen“ zu erhalten oder zu unterstützen, und wenn das Volk damit einverstanden ist, dann kann man das immer noch tun.  
Betonung liegt auf: Dann!

Auch ein Überbleibsel aus den Zeiten der Feudalsysteme sind diese riesigen Fahnen an Hofstaat welche wir (bzw. unsere Parteipolitiker) mit uns (mit sich) herumschleppen und finanziert werden müssen.

Ein Manager der das alles mit einem Blick auf das Ergebnis, nach welchem er selbst bewertet wird, bezahlen muss, würde schnell mit diesem Unfug bis zu genau jenem Grad aufräumen, der zur Aufrechterhaltung eines effizienten und schlagkräftigen Systems erforderlich ist.

Ich kann es nur wiederholen. Was wir brauchen sind 4 Säulen auf denen das gesamte Staatsgefüge stehen kann und so unter unserer direkten Kontrolle bleibt:

1.) Die „gewählten“ rein politischen Ämter:

- **Gewählte Bürgermeister**  
(auf Gemeinde-Ebene)
- **Gewählte Landeshauptleute**  
(auf Landes-Ebene)
- **Ein aus diesen Landeshauptleuten gebildeter politischer „Weisenrat“**
- **Ein gewählter Bundespräsident.**

Ende der Fahnenstange, soweit es gewählte politische Funktionäre betrifft!

2.) Die bestellten Vertrags-Ämter

- **Top-qualifizierte Manager mit Top-Bezahlung als „Sparten Direktoren“**  
(= ehemals Minister-Jobs)

3.) Das Fach- & Wahlgruppen-System für eine absolut direkte Demokratie

- **Fachgruppen** welche den derzeitigen ministeriellen Ressorts entsprechen
- **Wahlgruppen** für alle anderen Lebensbereiche
- **Sondergruppen** für Sondersituationen (jeweils temporär)
- **In den Länderrat entsandt Fachsenatoren** (einer pro Bezirksgruppe)
- **Pro Bundesland ein bestellter Senator** (von den Fachsenatoren gewählt) der
- **Im Weisenrat** dem jeweiligen Spartendirektor zur Seite steht.

**4.) Die absolut unabhängige, und nur dem Volk direkt verantwortliche, vierte Säule: Die Justiz**

Wobei es natürlich gerade zum Thema „Justiz“ sehr viel zu sagen gibt, aber das werde ich in einem späteren Band nachholen.

Bis hierher hoffe ich nur jene Stimmen gegen mich zu haben die sagen: *„Das ist zu einfach! Das kann so nicht funktionieren!“*

Denn diese Stimmen werden, wenn sie erst einmal darüber nachgedacht haben und nicht irgendwelche eigenen Pfründe zu verteidigen suchen, über kurz oder lang zugeben müssen:

**„Ganz genau WEIL es so einfach ist, kann und wird es funktionieren!“**

#### **IV. Die Wirtschaft;**

Eine freie Privatwirtschaft ist das Rückgrat jeder freien Gesellschaft. Ohne Produktion, Handel und Dienstleistung gibt es weder Brot am Tisch, noch ein Dach über dem Kopf, ja, vermutlich noch nicht einmal einen Tisch!

Jenen mutigen Menschen, welche nicht selten hohes persönliches Risiko auf sich nehmen um als Wirtschaftstreibende ihr Leben zu gestalten gebührt ein hohes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung und Respekt.

So wie sich die Kirche aus weltlichen Staatsentscheidungen heraus zu halten hat, so gilt dies auch für das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft.

Diese soll und muss ein Mitspracherecht bei der Gestaltung Ihrer Arbeitsbedingungen haben, aber sie darf keinen unmittelbaren Einfluss auf die Politische Landschaft selbst nehmen.

Das ist ein schwieriger Hochseilakt und wird nicht immer so ganz klappen, aber aus den Augen darf man diese Trennung nicht verlieren.

Beleuchten wir doch einmal die Ist-Situation, vor allem hier wieder Österreich bezogen:

Zunächst haben wir da einmal zwei zumindest theoretisch in ihren Ansprüchen und Forderungen divergierende Strömungen.

1.) Die „Soziale“ – welche im Grunde sagt:  
*„Wie's der Wirtschaft geht ist uns*

*wurscht – Wer viel Geld hat und viel Geld verdient der soll auch viel abliefern damit der Staat seinen Sozialhaushalt bezahlen kann."*

.....und die Zweite:

- 2.) Die „Marktwirtschaftliche“ – welche im Grunde sagt: *„Wie es dem Einzelnen geht ist uns wurscht – Wer nichts arbeitet braucht auch nichts zu essen oder soll zusehen wie er zu Nahrung oder sonstigem kommt. Wir wollen das Geld, das wir verdienen, auch behalten. Alle Rechte dem Unternehmer!“*

Pardon, aber ich formuliere es jetzt einmal höflich: Beides ist totaler Quatsch!

Der Staat hat die ultimative Verpflichtung, als im Grunde rein administrativer Arm der Gesamtbevölkerung, so viel wie möglich, mit so wenig wie möglich, zu schaffen und zu erhalten. Das bedeutet aber nicht, dass er mit gierigem Händchen nach dem greift, was mutige Wirtschaftstreibende erschaffen - um es dann, mit verschwenderischem Händchen und ziemlich wahllos so lange zu verteilen, bis irgendwie die Kassen leer sind, und dann besorgt man sich bei der Wirtschaft, oder woher auch immer, eben neues Geld,...

...aber,

Es kann auch nicht bedeuten, dass Jene welchen gesamtstaatlich die Rahmenbedingungen geschaffen wurden um überhaupt als Wirtschaftstreibende Erfolg haben zu können, hinterher meinen, dass alle die nicht zu ihrer Produktivität un-

mittelbar beitragen, genauso gut durch den sprichwörtlichen Rost fallen sollen.

Zu dieser Grundsatzbetrachtung zweier grundverschiedener weltanschaulicher Strömungen, wobei beide für die eigentliche Gemeinschaft gleich schlecht sind, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen, kommt noch eine zunächst befremdlich anmutende Beobachtung aus dem Alltag.

Es sieht ganz so aus als hätte während der Ära vom „Sunny Boy“ - Finanzminister K.H. Grasser eine ganz neue, unterschwellige Strömung, fast klammheimlich, in die regierungspolitische Denkweise Einzug gehalten.

Nämlich zu sagen:

„Wir sind es leid hinter Klein- und Mittelbetrieben (KMB) herzuschnüffeln und die daran zu hindern ihre Abgaben an den Staat eigenmächtig zu verkürzen. Wenn wir jeden Lebensmittel-Laden, jede Kneipe, jeden Autohändler, kurz jeden dieser KMB's killen, was würde passieren? Richtig! Der Bedarf würde sich ja nicht verlieren oder aufhören, sondern es würden internationale Konzerne in das entstehende Vakuum vordringen und die Aufgabe der Versorgung und Warenverteilung übernehmen.

Auf den ersten Blick sieht das wie ein schlechtes Geschäft für den Staats-Säckel aus, aber nur auf den ersten Blick!

Denn natürlich haben international operierende Konzerne noch ganz andere Tricks im Köcher um ihre Steuerlast ganz offiziell gegen Null zu drücken, womit der

Staat dann nicht „nur“ *weniger* an Steuern wie von den KMB's kassiert sondern im Großen und Ganzen *ganz* um die Einnahmen aus dieser Quelle umfällt.

Aber, - und das war im Grundsatz der Idee eigentlich sogar genial: Der internationale Konzern ist üblicher Weise der verlässlichere Partner. Der Konzern kauft nicht nur in anderen Mengen ein und kann daher günstiger verkaufen als der alte KMB, sondern er wird dadurch auch in der Gesamtsumme mehr umsetzen. Ergo: Größere Umsätze = mehr aktives Geld im Umlauf = größerer materieller Wohlstand bei der Bevölkerung = erhöhte Zufriedenheit (= geringere Gefahr von „Revolutionen“!) = deutliche Mehreinnahmen über den Weg der Mehrwertsteuer = schon hier eine Kompensation des Wegfalls der Steuereinnahmen von den KMB (also jenen die diese nicht auch noch schwarz am Finanzminister vorbeige- schummelt haben)

Gleichzeitig aber bedeutet mehr Umsatz auch eine größere Produktivität (sofern im Land produziert wird) aber es bedeutet in jedem Fall eine größere und vor allem gesichertere Anzahl an Arbeitnehmern.

Und der Arbeitnehmer ist des Finanzministers liebster Kunde, denn der kann so gut wie Nichts an den offenen Truhen der Steuereintreiber vorbeischummeln. Da ist schon das eingebürgerte System der direkten Abgabenerleistung durch den Arbeitgeber davor!

Der „kleine Mann“ kann sich nicht wehren,

der „kleine Mann“ hat keine Tricks auf Lager, dem „kleinen Mann“ wird die Lohnsteuer direkt vom Einkommen abgezogen um den Arbeitgeberbeitrag ergänzt und ohne „mysteriösem“ Schwund direkt dem Finanzamt zugeführt. Gut, der „kleine Mann“ hat noch den Umweg sich über den Jahresausgleich Geld zurück zu holen, aber zum Einen hatte der Staat diese Gelder dann wie ein zinsfreies Darlehen während des Jahres um damit zu arbeiten, und zum Anderen kennen sich die Meisten ohnehin damit nicht aus und sehr viel Geld das beansprucht werden könnte, wird nie zurückgefordert.

Ja, der „kleine Mann“ als die perfekte Melkkuh für die gierigen Finger des Staates ist eindeutig vorzuziehen!

Dazu kommt, dass sich die Finanzämter ungeheure Mengen an Personalkosten sparen! Man braucht keinen einzigen Beamten, um den Lohnsteuerzahlern auf die Finger zu schauen, sehr viel von dem Personal steht nur zur Prüfung der KMB's zur Verfügung. Keine KMB's = keine Steuerprüfer, Steuerfahnder etc!

Aus diesem Blickwinkel wurde dann während einer ganzen Anzahl von Jahren eine Art Hexenjagd auf die KMB's veranstaltet. Die Finanzämter prüften die Betriebe zu Tode. Wer nicht schon deswegen in den Konkurs schlitterte weil man ihm Unregelmäßigkeiten nachweisen konnte, der tat das weil die belagerungsartigen Zustände durch die

Prüfer, die damit einhergehende Störung des Geschäftsbetriebes, die Ablenkung der Geschäftsführung von den Herausforderungen denen sie sich eigentlich widmen sollten, fast schon den stärksten Betrieb ruinieren hätten können.

Das Ironie am Rande:

Jene Mitarbeiter der Finanzämter welche sich dazu einspannen ließen wie eine ägyptische Plage über die KMB's herzufallen, haben mit der „Qualität ihrer Arbeit“ im Grunde ihre eigenen Arbeitsplätze wegrationalisiert. Ein geringer Trost für ihre Opfer.

Das Ergebnis des Erfolges dieser Politik können wir heute an jeder Ecke sehen. Statt vertrautem Alten gibt es überall die protzigen Logos der internationalen Konzerne zu bestaunen.

Warum man da nicht gleich eine „Null-Flat Tax“ in Österreich für Gewerbetreibende eingeführt hat?  
Weil das viel „uneleganter“ gewesen wäre.

Zum einen hätte es massiven Protest in der Bevölkerung gegeben, und zwar berechtigten, da wohl kaum ein Arbeitnehmer eingesehen hätte, dass seine Steuerlast gleich bleibt oder gar noch erhöht wird, während die Wirtschaft in den Genuss von Null-Steuern kommt, und zum zweiten, wäre es nicht nur schwerer gewesen derartige Bestimmungen gesetzlich zu verankern sondern noch schwerer diese wieder zu entfernen wenn sich herausstellt

hätte, dass der Trick nicht funktioniert. So war es steuerbar und man konnte auch abwarten und zusehen, ob und wie viel man nicht auch den Konzernen noch wegnehmen konnte.

Abgesehen davon wäre der Gesichtverlust der Politiker wohl dramatisch gewesen, wenn sie zunächst gegen den Widerstand der Bevölkerung eine „Null-Flattax“ durchziehen und dann klein begeben müssen, um das ganze wieder zu widerrufen.

Und Drittens:

Mit einer öffentlichen Reduzierung der Steuern für Gewerbetreibende auf Null, hätte man auch die alten und noch existierenden KMB's in den Genuss dieser Erleichterung kommen lassen müssen.

Recht gilt nun mal, genauso grundsätzlich wie leider theoretisch, für alle gleich. Nur das wollte man ja nicht! Man wollte nur die Riesenkonzerne fest im Land verankert haben, aber nicht darauf verzichten die sturen KMB's weiter schröpfen zu können. Der Weg war elegant, die großen Konzerne verstanden die Botschaft auch ohne öffentlicher Ankündigung und kamen und kauften auf. Wie viel Lebensqualität, wie viel von unserem recht bodenständigen Lokalkolorit dabei mit in den Abfluss geschüttet wurde hat jeder von uns am eigenen Leib verspürt.

Es ist halt etwas anderes auf ergonomisch geformten Plastiksesseln in der Systemgastronomie zu sitzen, die auf der ganzen Welt gleich sind und auf Umsatz und nicht auf Gemütlichkeit ausgerichtet wurden, als in leicht schäbigen, alten Lederbänken

der eingestammten Kaffeehaus-Kultur zu versinken.

Jeder Bürger würde auf die Barrikaden gehen wenn es beispielsweise kostenlose Krankenversorgung für jeden Ausländer gäbe, aber jeder Inländer die vollen Kosten selber tragen müsste. Aber genau diese Situation haben wir bei der Wirtschaft! Der ausländische Konzern braucht so gut wie nichts an Steuern zu bezahlen, der inländische Arbeitnehmer muss allerdings die volle Abgabenlast tragen.

Und das schließlich nicht nur beim Lohn, sondern dann auch noch weiter bei jedem Einkauf! Der Endkunde kann sich die Mehrwertsteuer nicht zurückholen, der Endkunde kann keine ominösen Beratungshonorare in die Karibik überweisen und seine Steuerlast um diese „Ausgabe“ reduzieren, der Endkunde zahlt die volle Verdienstspanne des Handels und der Dienstleister, ohne dabei wenigstens den Trost zu haben, dass ein Gutteil davon wieder über die Einkommenssteuer des Handels und der Dienstleister zurück an den Staat fließen würde wo dieses Geld dann wieder (theoretisch) zu seinem Vorteil eingesetzt wird – oder halt auch nur „werden könnte“.

Es ist bei uns zu etwas offenbar anstößigem geworden, wenn man sagt: „Ausländer? Gerne! Je- derzeit und jede Menge – aber nicht auf Kosten der Inländer, ganz gleich ob das jetzt Arbeitsplätze im Großen und

Ganzen betrifft, oder – viel mehr noch, Wirtschaftstreibende.

Es kann nicht angehen, dass wir eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten des österreichischen Wirtschaftstreibenden und zum Vorteil des im Ausland beheimateten Konzerns nicht nur dulden, sondern – wie klammheimlich das auch immer von statten gehen mag - sogar fördern.

Wenn es so ist, dass der Staat sein Auskommen finden kann mit der Lohnsteuer alleine, in ihrer gegenwärtigen Höhe, dann ist nicht einzusehen warum wir nicht ein zB. 10% Flat-Tax Land werden sollten!

Oder gar nur 5%!

Sollen unsere Unternehmer doch einen Anreiz haben Risiko, Entbehungen, unendlich lange Arbeitszeiten (im Vergleich zu den entsprechend geschützten Dienstnehmern) und viele schlaflose Nächte auf sich zu nehmen wenn sie schon den Mut haben sich selbstständig zu machen, und sogar allenfalls Arbeitsplätze zu schaffen!

Unternehmertum, Selbstständigkeit, ist wahrlich kein Zuckerschlecken – vor Allem der Start in selbiges nicht. Und da soll man diese mutigen Männer und Frauen dann auch noch extra „bestrafen“? Wer mehr leistet dem wird mehr weggenommen – also übersetzt in die Strukturen der Lohnsteuerzahler: *„Wer mehr arbeitet, längere Zeiten in Kauf nimmt, der bekommt weniger netto auf die Hand, als einer der nur das absolute Minimum tut, um über die Runden zu bekommen?“*

Das widerspricht doch jedem halbwegs natürlichen und auf Anstand basierendem Prinzip von sozialer Gerechtigkeit!

Ich kann mir auch gut vorstellen, dass Österreich überhaupt kein Arbeitslosen-Problem mehr hätte, wenn es zu einem derart interessanten Betriebsstandort dann auch ganz offiziell für kleine, innovative ausländische Firmen wird! Mag ja sein, dass sehr kurzfristig gesehen die ganzen Mega-Konzerne recht bequem sind, aber damit würde sich der argumentative Kreis wieder schließen:

**Bei Politik darf es sich nicht um „bequem“ drehen, sondern nur um die höchstmögliche Leistung bei geringstmöglichen Kosten.**

Darauf, auf nicht mehr und nicht weniger, hat jeder Bürger eines Landes Anspruch!

So, und jetzt erhebt sich die berechtigte Frage: Wie soll das ganze praktisch funktionieren? Also:

- **Die Praktische Umsetzung;**

Es wäre naiv anzunehmen, dass man morgen an die Türen der Parteizentralen klopfen könnte, um den ganzen Herrschaften ganz gleich wie tief sie in dem partei-politischen Filz involviert sind, mitzuteilen: *„Meine sehr geehrten Damen und Herrn, ab sofort gibt es sie nicht mehr“*.

Also wird es unweigerlich zur „Nagelprobe“ für die Politiker werden, ob sie eine solche grundlegende Erneuerung des Staatsgefüges von innen her zulassen, gar unterstützen oder ob sie dieser alle nur denkbaren Knüppel zwischen die Beine werfen.

Da wird sich von ganz alleine die Spreu vom Weizen trennen, da werden wir alle dann sehr schnell sehen welche Politiker ihre Ämter tatsächlich zum Wohle des Volkes angenommen, und welche sich ihre Posten nur zum persönlichen Vorteil unter den Nagel gerissen haben.

Denn, idealer Weise wird die „Hofübergabe“ eine friedliche sein.

Das System der Fach- & Wahlgruppen muss sich einmal etablieren, seine Arbeit aufnehmen, sich orientieren und organisieren.

Die Hierarchie muss sich auf einem natürlichen Weg formen und beweisen und vermutlich werden in diesem Prozess unzählige neue Fragen und Herausforderungen auftauchen, die gelöst werden wollen.

Ich bin weder so naiv noch so vermessen anzunehmen oder gar zu behaupten, dass mein Basis-Konzept, in diesem dünnen Büchlein vorgestellt, so wie von mir erdacht 1:1 umgesetzt werden wird können.

Es soll auch kein fertiges Rezept darstellen, deswegen habe ich mich hier auch mit ganz konkreten Gedanken zu vielen Teilbereichen bewusst zurück gehalten, weil ich eben der Meinung bin, dass es kein „Patentrezept“ ist, sondern nur eine Anleitung zum Aufbruch, eine Aufforderung außerhalb der bisher bekannten Strukturen zu denken um neue Wege zu finden.

Denn bis auf einige Wenige die vom derzeitigen System profitieren, gibt es noch die überwiegende Mehrheit des Volkes die in die totale Passivität gedrängt und auf die hintersten Zuschauerbänke verbannt wird.

Ich würde aber meinen, dass mit einer Übergangsphase von vielleicht 4 Jahren die Restrukturierung unserer Regierungsform stattfinden könnte.

Wie gesagt: Wenn es halbwegs reibungslos und kooperativ abgeht.

Wenn nicht?

Nun, dann bleibt immer noch die Möglichkeit das Gruppen-System aufzubauen. Noch haben wir ja eine verfassungsmäßig garantierte Versammlungsfreiheit. Würde diese im Zuge der Verwirklichung dieses Projektes aufgehoben werden, dann ist zumindest klar, dass jene die sich an ihre Sessel klammern nicht beabsichtigen diese freiwillig zu räumen. Das käme dann einer Kriegserklärung der politischen Parteien gegen das Volk gleich.

Dann gibt es immer noch die Möglichkeit eine Partei zu gründen welche für dieses Konzept steht, welche Politiker aller Lage einlädt zu ihr zu wechseln, um die Erneuerung des Landes gemeinsam vorzubereiten.

Diese Einladung wird nicht wie üblich von einer „Sessel-Garantie“ begleitet sein und daher ohnehin eher die Ehrlichen unter den Politikern ansprechen – und für solche ist ja, in begrenztem Ausmaß, auch unter dem neuen System Platz.

„Auflösungs Partei Österreichs“ wäre dann ein treffender Name, denn die einzige Zielsetzung dieser Partei wäre, sich nach „Hofübergabe“ aufzulösen. Der Schlachtruf: „Keine Parteien!“ gilt dann natürlich auch und ganz besonders für die APÖ.

Um das in aller Kürze zusammen zu fassen, wäre der richtige Weg, das Gruppen - & Senats- System parallel zur bestehenden politischen Landschaft aufzubauen.

Sobald das System etabliert ist, die Kommunikationswege funktionieren, sich die

Menschen in ihrer neuen Rolle als direkt-demokratische Verantwortliche im Land zurecht gefunden haben und nicht mehr einfach nur darüber raunzen, dass man ihnen ständig über den Kopf fährt, sondern anfangen politische Verantwortung in ihren beiden jeweiligen Gruppen zu tragen, dann könnte man eigentlich eine direkte „Hofübergabe“ machen.

Jenes Land welches sich als erstes traut einen gänzlich neuen Weg zu gehen, sich selbst zu erneuern, seine Bürger (& selbstverständlich auch Bürgerinnen!) voll in den demokratischen Entscheidungsprozess einzubinden, wird Weltgeschichte schreiben.

Davon bin ich überzeugt, und auch davon, dass dies im positiven Sinn sein wird.

- **Weitere Ziele;**

Ich stehe nicht an zuzugeben, dass diese ganze Idee eine Wunschvorstellung ist, ein Idealbild, aber ich meine, dass man sich beim Setzen von Zielen sehr hohe solche vornehmen darf, ja sogar muss.

Damit hat man dann schon einen kleinen, eingebauten „Motivations-Motor“ um niemals zum Stillstand zu kommen, sondern nach immer weiteren Verbesserungen zu streben.

Politik ist wie die „Haut der Gesellschaft“.

Sie hält alles zusammen, und muss sich eben auch ständig erneuern.  
Haut, welche sich nicht mehr erneuert, ist tot.

Den Idealstaat der Zukunft sehe ich in einer soliden, starken, selbstbewussten Wirtschaft, welcher ideale Voraussetzungen geschaffen werden in jedem internationalen Wettkampf bestehen zu können.

Ich sehe diesen Staat als eine tatsächliche Gemeinschaft von interessierten, teilnehmenden Menschen, die mit Stolz und Freude aktiv an dem Bild arbeiten des der Staat, als Gleichnis seiner Bevölkerung nun einmal ist.

Ich sehe diesen Staat mit einer tatsächlich von allen möglichen Einflüssen unabhängigen Justiz, welche nur dem Volk gegenüber Rechenschaft abzulegen hat. Einer Justiz, die sich von unerträglichen Zynismen lossagt und dem berechtigten Anspruch der Gemeinschaft zu entsprechen lernt, dass *Recht und Gerechtigkeit* nicht „zwei unterschiedliche Paar Schuhe sind“.

Ich sehe diesen Staat als eine tolerante Gemeinschaft aller Hautfarben, Religionen, Rassen und Nationalitäten, welche gerne unter dem Dach einer Nation zusammenstehen, welche mit Stolz auf ihre Neutralität blickt.

So wie uns diese Neutralität vor einem unvorstellbaren Nachkriegs-Joch geschützt hat, so kann und wird sie dies weiter tun.

Ich sehe einen Staat, der sich seiner historischen Herkunft nicht schämt, der sich nicht seiner Traditionen, Werte und Vielschichtigkeit schämt und auch keine Angst davor hat, seine eigene Bürger und die Interessen dieser Bürger vor und über alle anderen Interessen zu stellen.

Ich sehe einen Staat, der die vielen verborgenen Fähigkeiten jedes seiner Bürger fördert und unterstützt, dessen Bildungsniveau sowohl in allgemeinen Bereichen als auch in hochgradigen Spezialisierungen internationale Spitzenwerte hat, weil das Volk nicht länger bestraft wird wenn es lernen will, nicht länger gegängelt wird wenn es Wissen will und nicht mehr behindert wird wenn es Entscheidungen treffen will.

Ich sehe einen Staat, der langsam aber sicher Verbote abschafft, statt immer neue zu erlassen, einen Staat der den mündigen aber eben auch unbequemen Bürger, den Anteil nehmenden Bürger fördert und unterstützt und sich vor diesem Bürger nicht mehr so fürchtet, wie der sprichwörtliche „Teufel das Weihwasser“.

Ich sehe einen Staat, in dem sich keiner der Einwohner Sorgen machen muss, ob er sich medizinische Behandlung leisten wird können und was aus ihm und seinem Leben wird, sollte er krank oder gar arbeitsunfähig werden. Einen Staat der als Gemeinschaft zusammenrückt und die Schwächsten in seiner Mitte schützt und nicht nach Außen

drängt um sie hungrigen Jägern vorzuwerfen.

Ich sehe einen Staat, wo kein Mensch ohne Dach über dem Kopf oder ohne Heizung im Winter sein muss und der stolz darauf ist, dass niemand frieren oder obdachlos sein muss. **Einen Staat der stolz darauf ist, wie er mit seinen Schwächsten umgeht!**

Ich sehe einen Staat, wo die Menschen offen und interessiert miteinander umgehen und die gelegentliche Last, für einander da sein zu müssen, so aufteilen, dass sie für niemanden zur unerträglichen Bürde wird.

Ich sehe einen Staat, wo die Alten in Würde und Ruhe, Sicherheit und Wärme und Geborgenheit den letzten Abschnitt ihrer Reise durch das Leben ohne Angst ohne Furcht ohne Not und ohne Einsamkeit antreten können.

Ich sehe einen Staat, der aus seinem grandiosen vielfältigen Potential in seinen eigenen Reihen schöpft, der die Weisheit des Alters, ihre Erfahrung nicht auf ein Abstellgleis der vermeintlichen Nutzlosigkeit schiebt sondern den angebrachten Respekt vor diesen Werten schätzt, hegt und pflegt - und nutzt!

Ich sehe einen Staat in welchem alle Religionen dieser Erde in friedlicher Koexistenz und Interesse für einander leben können. Wo Hass, Angst und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, nicht weil es

irgendwelche Verbots- oder ebenso armselige Wiederbetätigungsgesetze das so verlangen, sondern weil die Menschen in der Einsicht gedeihen können, dass es kein höheres Gut gibt als Frieden, Freiheit und Sicherheit.

Ich sehe einen Staat, der zusammenrückt und wo jeder seinen Anteil am Gelingen beiträgt, so wie nach dem letzten Krieg, als jeder ganz selbstverständlich sein Bestes gab, um aus den Trümmern eine neue Nation entstehen zu lassen. ...bloß eben ohne, dass es zunächst eines Krieges oder sonstigen Katastrophe bedarf.

Denn in der Tat, wir leben auf einem reichlich schlecht kaschierten Trümmerhaufen, von dem die Tünche jeden Tag ein wenig mehr wegbröckelt und so unähnlich ist die Herausforderung zwischen damals und heute daher nicht.

Sie können mich jetzt für einen Phantasten halten, für einen Träumer..... aber darauf kann ich ihnen nur einen Gedanken erwidern:

Hätte es nicht seit Anbeginn der Zeit immer wieder Menschen gegeben, welche den Mut hatten groß zu träumen, ihren Visionen Ausdruck zu geben und diesen zu folgen - wir würden heute noch in Bäumen leben.

Und ich möchte die Erklärung wiederholen: Nichts was ich hier geschrieben habe erhebt den Anspruch ein Patent-Rezept zu sein, es

erhebt nicht den Anspruch in Allem richtig zu liegen oder auch nur eine tatsächlich reale Lösungsmöglichkeit zu haben.

Aber:

Es erhebt den Anspruch Anstoß zu sein, nachzudenken, wie wir alle unser gesammeltes, geballtes Wissen und Erfahrungen zusammentragen können, um ein neues gemeinsames Haus zu bauen, das uns bessere Dienste leisten wird, als alle bisherigen Häuser zusammen. Wenn sich bei diesem Prozess meine hier vorgestellten Gedanken als nützlich erweisen, dann ist mir das, mehr als nur Lohn genug.

**~ = Ende = ~**

P.S.: An Alle die sich daran stoßen, dass ich mich beim Schreiben nicht mit Wortverstümmelungen wie „BürgerInnen“ (etc.) aufgehalten habe:

„Ich entstamme einer Generation wo man Selbstverständliches nicht extra betonen musste.“



Zirka 10 Jahre später, gegen Ende 2018 entstand dann aus allen Überlegungen und Gedanken zu diesem Themenkomplex:

## Das Manifest

**1.: So bedauerlich es ist, dies überhaupt – geschweige denn an erster Stelle – erwähnen zu müssen, so soll der erste Artikel der Menschenrechtskonvention vom 10. Dezember 1948 an dieser Stelle stehen.**

... 1a.: Genau so bedauerlich will es erscheinen, dass es offenbar einer zusätzlichen Erwähnung bedarf, dass dieser Artikel 1, „Männer“ und „Frauen“ gleichermaßen umfasst.

Sprache ist Ausdruck von Gedanken – alles was den Fluss von Sprache behindert, behindert folglich auch den Fluss von Gedanken; Daher wird das „geschlechterspezifische Gendern“ von Wörtern, Begriffen und Bezeichnungen abgelehnt.

**2.: Der Staat soll als eine Gemeinschaft aller in diesem Lebenden, anerkannt sein. Die Grenzen des Staates sind dabei durch internationale Grundsatzabkommen definiert.**

Es ist absolut natürlich und verständlich, dass die Loyalität zB innerhalb einer Familie, zunächst den Mitgliedern dieser Familie gelten wird und muss.

Es ist daher nicht schon „grundsätzlich falsch“ wenn die Prioritäten innerhalb eines Staates so gesetzt werden, dass:

... 2a.: An erster Stelle die Bürger dieses Staates und deren Interessen stehen

... 2b.: Gefolgt von den Interessen aller Menschen welche sich legal in diesem Staat aufhalten

... 2c.: Mit den Interessen von Besuchern, Gästen

und Touristen an dritter Stelle.

Überregionale Interessen und Gemeinsamkeiten gilt es zwar zu fördern und vor allem dann zu erhalten, wenn diese einem friedlichen und ergänzenden Umgang miteinander dienen – aber nicht unter „potentiellem Verrat“ oder „Aufgabe vitaler Eigeninteressen“.

... 2d.: Eine grundsätzliche „gesunde Skepsis“ gegenüber Entscheidungen auf EU-Ebene muss statthaft sein, während die Institution der EU selbst, als völkerverbindendes und Frieden stiftendes Konzept in seiner Berechtigung nicht angezweifelt wird.

### **3.: Jedwede Beteiligung an militärisch geführten Auseinandersetzungen, soll grundsätzlich und dauerhaft ausgeschlossen werden.**

... 3.a.: Es soll die „immerwährende Neutralität“ umgehend in Verfassungsrang erhoben werden.

... 3.b.: Allenfalls bereits im Ausland, in irgendeiner militärischen Kapazität befindliche, Österreicher sollen umgehend nach Österreich zurückgeholt werden. Bereits allenfalls getroffene Vereinbarungen auf EU-Ebene sind zu revidieren.

... 3c.: Ausgenommen sind ganz klar „friedenserhaltende Mandate“ im Rahmen eines UN-Auftrages (Mission), durch eine kleine, entsprechend auch von der UN auszurüstende, aber unter ausschließlich österreichischer Befehlsgewalt stehende, Truppe aus „UN-Berufs-Soldaten“.

... 3.d.: Das Bundesheer samt sämtlicher Ausrüstung welche nur zum Zwecke der militärischen Auseinandersetzung angeschafft, gehalten und gewartet wird ist abzuschaffen. Ersetzt soll dieses durch ein, für alle Staatsbürger verpflichtendes, „Sabotage-Heer“, welches darauf

geschult wird allfällige Usurpatoren keine Chance zu lassen das Land zu kontrollieren.

... 3..e.: Erweitert soll dieser Ersatz-Dienst durch eine stehende Mannschaft zum Katastrophenschutz sowie für rein humanitäre Leistungen, werden.

Die, für alle jungen österreichischen Staatsbürger, unabhängig vom Geschlecht, verpflichtende Dienstzeit soll ein Jahr betragen.

... 3.f.: Heeresangehörige in Uniform haben auf Österreichs Straßen und für die Bevölkerung auch nur irgendwie wahrnehmbar nichts verloren.

Ausgenommen sind selbstverständlich Anlässe von humanitären Einsätzen.

#### **4.: Eine Reduzierung von Umweltbelastungen soll in Österreich eines der obersten Ziele werden.**

... 4.a.: Massive Förderung und Umgestaltung von Energie-Trägern, weg von jedweder Verwendung fossiler Rohstoffe.

... 4.b.: Einführung eines flächendeckenden Verbotes von jedwedem „Einweg-Plastik“ (Kunststoffen, so ferne diese nicht biologisch voll abbaubar sind.)

... 4.c.: Massive Förderung des öffentlichen Nahverkehrs – durch intensiven Ausbau und kostenloser Bereitstellung für die Bevölkerung – ausdrücklich nicht durch „Drangsalieren der Autofahrer“.

... 4.d.: Massive Förderung von regionalen und saisonalen Produkten ohne Notwendigkeit langer Transportwege. Starke Besteuerung, vorzugsweise sogar Verbote von nicht lebenswichtigen Import-Produkten.

... 4.e.: Ausbau eines sicheren und natürlichen Netzes von Radwegen.

... 4.f.: Bedingungsloser Schutz verbliebener

Naturlandschaften bzw., wo immer möglich Rückbau bzw. Wiederherstellung natürlicher Lebensräume.

**5.: Einführung von zumindest „Regionalwährungen“ nach Wörgler Freigeld Vorbild – oder aber Wiedereinführung einer Nationalwährung mit gleicher Orientierung. Nicht als Ersatz des Euro, sondern als zusätzliche Doppelwährung.**

... 5.a.: Diese Währung unterliegt einem Spekulationsverbot und einem Zins- und Gebührenverbot.

... 5.b.: Stärkung von KMU's vor allem von kleinen und kleinsten Ein-Personenbetrieben als unmittelbare Nahversorger und auch soziale Interaktions-Punkte von kleinräumigen Nachbarschaften. Steuerbefreiungen und sonstige Unterstützungen für Gründer. (z.B. kein oder niedrigerer MWSt. %satz.)

... 5.c.: Stärkung des Bargeldes und der Verwendung desselben im Alltag. Verbot von erzwungener „Plastik-Geld-Verwendung“.

... 5.d.: Verbot von „Konsumenten-Krediten“ gegen Zinsen. Unternehmen welche „Inhouse-Finanzierungen“ anbieten (um zB ihren Umsatz zu verbessern) dürfen zwar Ratenvereinbarungen mit den Konsumenten eingehen, dadurch aber in Summe keine höhere Einnahmen erzielen als bei einem „Barverkauf“.

... 5.e.: Bereitstellung eines staatseigenen Bankenwesens, samt zinslosen Darlehen und Verzicht auf (Verbot von) jedwede Spekulation mit anvertrauten Geldern.

... 5.f.: Einführung eines „Garantie-Einkommens“ für alle Staatsbürger, in einer namhaften Höhe und Größenordnung welche nicht aus dem Blickwinkel

des „staatlichen Almosens“ gesehen werden soll. Altersabhängige Staffelung (weniger für im Haushalt der Eltern lebende Kinder) aber immer und auf jeden Fall auch ausreichend für Senioren für eine würdige Lebensgestaltung ohne Gefahr der Not oder Altersarmut. (zB.: im Gegenwert von € 1.000,-/Monat für Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss von deren Ausbildung, zB € 2.500,-/Monat für Erwachsene und zB € 2.000,- für Senioren) Im Gegenzug sollen alle Bürger welche den vollen Betrag erhalten zur Erbringung von „Gegenleistungen im Sinne der Gesellschaft“ angehalten werden. (Jeder im Rahmen seiner speziellen Fähigkeiten und Möglichkeiten bzw. unmittelbaren Bedarfes.) Die Auszahlung erfolgt auch an Erwerbstätige als Differenzbetrag auf deren Netto-Einkommen und entfällt lediglich bei Einkommen welche das „Garantieeinkommen“ übersteigen, für die Dauer, während welcher solche Einkommen das Garantieeinkommen übersteigt. Gleichzeitig werden alle sonstigen vielfältigen Zuschüsse und Förderungen und Beihilfen gestrichen.

(Da sollte schon fast der eingesparte Administrations-Aufwand die Kosten kompensieren.)

Insbesondere Soziale Berufe und Dienstleistungen sollen schon alleine dadurch aufgewertet werden, dass diese von jedweder weiteren „Kompensando-Leistung“ befreit sind. Desgleichen gilt für Mütter, welche sich ihrem Nachwuchs widmen. Hohe Strafen bei erwiesenem Missbrauch.

## **6.: Bedingungsloses Bekenntnis zum Prinzip, dass „die Starken immer die Schwachen zu schützen und zu unterstützen“ haben.**

... 6.a.: Ausreichende gesunde Nahrung, Bekleidung

und ein beheizbares, sauberes, und trockenes Wohnen mit adäquatem Rückzugsraum, soll als „Grundrecht“ anerkannt sein.

... 6.b.: Jedwede Spekulation mit Gewinnerzielungsabsicht soll für diese Grundrechte so lange ausgeschlossen sein, bis eine lückenlose Versorgung sichergestellt ist.

... 6.c.: Förderung von „Urban Farming“ und andere, ähnlicher und von einer kleinen Gemeinschaft erstellten und betreuten Grundversorgung im Nahbereich.

... 6.d.: Abschaffung und Verbot von „industrieller Nahrungsherstellung“ und Vertrieb, vor allem solcher, welche Tierleid zur Folge hat und nicht absolut artgerecht erfolgt.

... 6.e.: Uneingeschränkte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Kostenlos als „Einklassenmedizin“ auf höchstem Niveau. Scharfe Verfolgung von Missbrauch und Verschwendung vor allem zum Zwecke der individuellen Bereicherung. (Ein-Kassen-System).

... 6.f.: Uneingeschränkter Zugang zu Bildung auf allen Ebenen und für alle soziale Schichten.

... 6.g.: Uneingeschränkte Unterstützung und Sicherstellung für ein würdevolles Leben im Alter.

... 6.h.: Flüchtlinge, politisch Verfolgte welche Österreich erreichen, soll unter allen Umständen ein sicherer Aufenthalt im Land garantiert sein. Bewegungsfreiheit und gesellschaftliche Unterstützung inklusive – aber auch die Verpflichtung sich in die Gesellschaft einzubringen und einzugliedern.

Kenntnisse der deutschen Sprache und der hiesigen üblichen Sitten und Gebräuche sind vorrangig zu vermitteln. Verstöße gegen die Rechtsordnung entsprechend gleichwertig zu ahnden und – gerechtfertigte Schwere

vorausgesetzt - mit sofortiger Abschiebung zu bedrohen.

Nur für den Fall, dass die wirtschaftliche und/oder räumliche Kapazität Österreichs zur Aufnahme und Eingliederung erreicht ist, soll das Instrument der (menschwürdigen) Internierung samt Abschiebung in unmittelbarer zeitlicher Nähe angewendet werden.

Der gebotene respektvolle Umgang mit allen Menschen ist auch in solchen Fällen unbedingt zu wahren.

... 6.i.: Recht auf Suizid unter lediglicher Sicherstellung, dass eine diesbezügliche Entscheidung bei klarem Verstand, freiem Willen und ohne Druck von wirtschaftlicher Interessen, vor allem Dritter, erfolgt.

### **7.: Reduzierung der Staatsgewalt und kontinuierliche Stärkung eigenverantwortlicher Entscheidungen (auch wenn das Anfangs sicher sehr unbequem ist.)**

... 7.a.: Rücknahme der Polizei- & Überwachungsbefugnisse. Rückkehr der Polizei zum sinnbildlichen „Freund und Helfer“. Polizeiliche Übergriffe sind mit aller Deutlichkeit und Strenge zu ahnden.

Keine gerichtlich verwertbaren Einvernahmen ohne Rechtsbeistand.

... 7.b.: Reform der Justiz im Sinne eines freien Zuganges zum Recht für Alle – vor allem unabhängig von der Frage ob rechtliche Schritte für den Einzelnen „leistbar“ sind. (zB.: Abschaffung der „Gerichtsgebühren“, welche sich nach dem Klagsbetrag richten.)

Weiters in dem Sinne, dass zwar die Justiz vor staatlicher und/oder politischer Einmischung gefeit bleibt, aber für ihre Entscheidungen einem

unabhängigen Gremium gegenüber Rechenschaft schuldig ist. Fehlentscheidungen von Richtern, ganz gleich ob aus Überlastung oder „bornierter Ignoranz“ müssen für die betreffenden Richter Konsequenzen haben. (Versicherungsprinzip).

Drastische Anhebung von Haftentschädigungen für schuldlos verurteilte und/oder inhaftierte.

Haftung für Staatsanwälte für Anklageerhebungen ohne ausreichendem Anlass oder Grund.

... 7.c.: Reform des Strafvollzuges zu vor allem sozial orientierter Leistung (Strafe), jedenfalls aber zu menschenwürdigen und eine tatsächliche Resozialisierung fördernden Haftbedingungen, bei welchen auch zwischenmenschliche Nähe nicht verweigert wird. Heilungsorientierte Unterbringung von s.g. „geistig abnormen Rechtsbrechern“.

... 7.d.: Keine Sonderrechte für den Staat. „Vor dem Recht sind alle gleich. Alle!“

... 7.e.: Wiederbestärkung des Rechtsgrundsatzes „In Dubio pro Reo“ – und dafür muss nicht bloß ein Richter „ausreichenden Zweifel“ haben, sondern ein solcher objektiv darstellbar sein.

... 7.f.: Tatsächliche Tilgung von Vorstrafen nach Verbüßung von (Haft-)Strafen und/oder Bewährungsauflagen. Keine „ewigen Damoklesschwerter“ für Gestrauchte.

... 7.g.: Abschaffung all der unzähligen Gebote und Verbote samt den damit verbundenen „Strafen“, wenn diese keine unmittelbare und unzumutbare Einschränkung bzw. Beeinträchtigung der Interessen der Allgemeinheit zur Folge haben. Beide Seiten müssen im Zweifel ihre Entscheidungen argumentieren können.

Die bestehenden Gebote und viele der Verbote sollen in „dringliche Empfehlungen“ abgewandelt werden. Die jeweiligen Entscheidungen müssen die individuellen Menschen dann selber treffen,

verantworten und allenfalls auch rechtfertigen können.

... 7.h.: Keine Einmischung des Staates in privatwirtschaftliche Entscheidungen. (Stichwort: Rauchverbote in der Gastronomie oder privaten Beförderungsunternehmen aber auch am Arbeitsplatz etc.)

... 7.j.: Legalisierung von Drogen. Abgabe an Erwachsene in staatlichen „Verschleissstellen“, in kontrollierter, gleichmäßiger „Qualität“, mit entsprechender steuerlicher Veranschlagung. Dadurch werden Drogentote (vor allem wegen durch Verschnitt schwerer „Dosierbarkeit“) ebenso reduziert wie das Animo für kriminelle Dealer Jugendliche zum Konsum zu verführen. Die Begehrlichkeit fällt durch den Wegfall des Verbotes ebenso weg und die Steuereinnahmen könnten massiv dazu beitragen den Staatshaushalt zu sanieren.

... 7.k.: Veranlassung sämtlicher Maßnahmen damit der Bürger bei der Justiz das findet, was sich der Bürger von einer Justiz erwartet und derzeit (sogar eingestandener Weise) nicht zu erwarten hat: Gerechtigkeit – so weit diese nur irgendwie menschenmöglich geschaffen werden kann.

## **8.: Strikteste Trennung von Religion und Staat**

... 8.a.: Religion ist reine Privatsache.

... 8.b.: Religiöse Symbole haben in der Öffentlichkeit nichts verloren, wenn diese nicht bereits vorhandener baulicher Natur sind.

... 8.c.: Missionierung im öffentlichen Raum ist zu verbieten.

... 8.d.: Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen durch zB „Religionsunterricht“ ist abzuschaffen. Gültig für alle Konventionen. Ersatzweise soll einem Ethik-Unterricht verstärkter

Raum gegeben werden.

... 8.e.: Ansprüche von Religionen auf „Mitgliedsbeiträge“ werden von jedweder gerichtlichen Verfolgung und Einbringlichmachung ausgeschlossen.

... 8.f.: Steuerliche Bevorzugung jedweder Religionsgemeinschaften, vor allem deren Besitz und Einkommen betreffend, sind abzuschaffen.

... 8.g.: Bei strafrechtlicher Relevanz geht Staatsrecht unmittelbar und sofort über jedwedem „Kirchenrecht“.

### **9.: Förderung einer freien und absolut unabhängigen Presse und Informationslandschaft.**

... 9.a.: Die Bürger haben ein Grundrecht auf zumindest eine vertrauenswürdige und durch individuelle Interessen ungefärbte Informationsquelle. Sowohl im Printbereich, als auch bei Radio, TV und im Internet.

... 9.b.: Medien welche (auch) Inserate oder sonstige werbliche Zuwendungen von privatwirtschaftlichen Interessen annehmen, sind vom Erhalt der Presseförderung auszuschließen.

... 9.c.: Die bisherigen Förderungen sind nicht abzuschaffen sondern auf völlig freie und unabhängig, vor allem investigativ tätige Medien aufzuteilen.

... 9.d.: Nachweislich unabhängig und investigativ tätige Medien sollen Priorität und freien Zugang zu allen Belangen des Staates haben. Einführung eines „Ehrenkodex“ mit empfindlichen Strafen bei Zuwiderhandlung.

... 9.e.: Abschaffung von privatwirtschaftlicher Werbung und/oder sonstiger Zuwendungen von dieser Seite im staatlichen Rundfunk- und Fernsehen.

... 9.f.: Schaffung regelmäßiger Bürger-Foren wo sich jeder zu jedem Thema zu Wort melden kann. Garantierte Berichterstattung durch öffentlich-rechtliche Stationen, staatlichem Internetportal und geförderter Presse.

### **10.: Abschaffung der Parteien. Aller Parteien! (Inklusiver dieser!) & „politischer Bindungen“.**

... 10.a.: Entwicklung einer neuen staatlichen Struktur, nach Basis-Demokratischen Gesichtspunkten.

... 10.b.: Vergabe von Positionen in einem hierarchischen Konstrukt welches ebenso schlank wie Themenspezifisch aufgebaut ist.

... 10.c.: Wiederherstellung des Grundverständnis, dass politische Funktionen in erster Linie ein Dienst an der Gemeinschaft sind, und keine „Pfründe“ wo „das richtige Parteibuch ausreicht“ um zu hochdotierten, undurchschaubaren und wenig nachvollziehbaren Positionen zu kommen.

... 10.d.: Einführung eines vertretbaren Höchstgehaltes für alle hauptberuflichen politischen Akteure, welche mit dem max. Doppelten des „Garantieeinkommens“ limitiert sind.

... 10.e.: Spitzenpositionen im Staat, von welchen ähnliche Fähigkeiten wie von Topmanagern gefordert sind, sollen auch mit Spitzengehältern honoriert werden, welche nicht nur keinen internationalen Vergleich scheuen müssen, sondern auch der übernommenen Verantwortung entsprechen und eine ständig kontrollierbare Rechenschaftspflicht bedeuten.

... 10.f.: Verpflichtende Teilnahme am politischen Entwicklungsprozess für alle Bürger. Und sei dies nur bei/für jeweils ein bis zwei Themenbereiche für welche sich der Einzelne entweder deutlichst

qualifiziert oder dafür auch nur sehr interessiert.  
... 10.g.: Daraus ergibt sich auch eine Abschaffung  
sämtlicher Vergaben von Positionen nach dem  
Proporz-System. Dies inkludiert die allfällige  
Umbesetzung auch von derzeitigen Jobs wenn es  
klar besser qualifizierte Kandidaten gibt.

~~~~~

## **Ende des Manifestes**

~~~~~

Das vorstehende Manifest will ebenso wenig wie  
die in diesem Buch enthaltenen Gedanken,  
Anregungen, Überlegungen, Vorschläge, auch nur  
Ansatzweise Anspruch auf Vollständigkeit oder gar  
Perfektion erheben.

Es stellt lediglich den Versuch dar, aufzuzeigen,  
dass es auch „ganz anders“ ginge.

Letztlich werden sich die Menschen untereinander  
auf den Weg einigen müssen, welcher  
eingeschlagen werden soll – und dann auch die  
Konsequenzen ihrer Entscheidungen tragen  
müssen.

Um sich an einem Meinungsbildungs-Prozess  
einfach beteiligen zu können, ist dafür ein,  
adäquat gegliedertes, Diskussions-Forum  
eingerrichtet worden.

Dieses findet sich, ebenso wie das Original dieses  
Buches, unter: [www.PBOe-Forum.com](http://www.PBOe-Forum.com)

Wien, im Januar 2019  
Der Autor